

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes
christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Redaktion: Wtlg. Köhling in Düsseldorf,
Corneliusstr. 66. Berichte, keine Beiträge u.
s. w. an den betr. Bezirksvorständen einzuliefern.
Sämtliche Beiträge müssen bis Montag abends bet.
2 der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein. Et

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden
Samstag und kostet vierteljährlich 75 Pfg.; durch
die Post bezogen 90 Pfg. Expedition und Druck
von Joh. van Aken in Krefeld, Luth. Kirchstr. 66.
Fernsprech-Nr. 1358. 22222222

Nr. 31.

Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf.

Düsseldorf, den 4. August 1906.

Fernsprech-Nummer 4423.

8. Jahrgang.

VI. Kongress der christlichen Gewerkschaften.

II.

Die eigentlichen Kongressverhandlungen wurden am Montag, den 23. Juli durch den Vorsitzenden des Gesamtverbandes, Kollegen Schiffer, mit einer Begrüßungsansprache eröffnet. Zu Vorsitzenden des Kongresses wurden die Kollegen Schiffer und Wiedberg mit gleichen Rechten gewählt. Kollege Schiffer hieß die Delegierten sowie die erschienenen Gäste willkommen. Besonders begrüßte er den Vertreter der österreichischen christlichen Gewerkschaften, Arbeitersekretär Spalowsky-Wien. Es waren 71 Delegierte und 5 Beamte des Gesamtverbandes erschienen.

Die hier anwesenden Delegierten vertreten rund 245 000 Mitglieder des Gesamtverbandes.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung erstattete der Generalsekretär Stegwald den

Geschäftsbericht

des Ausschusses des Gesamtverbandes. Der Referent führte aus, daß die Gewerkschaftsbewegung im Berichtsjahre einen Aufschwung genommen habe, wie noch in keinem Jahre zuvor. Auch die christliche Gewerkschaftsbewegung sei an diesem hervorragend beteiligt. Sie habe nicht nur ihre Mitgliederzahl beträchtlich erhöht, sondern war fast noch wichtiger ist, ihre Leistungsfähigkeit bedeutend gesteigert. Die Aufwärtsbewegung in der Mitgliederzahl habe bis zur letzten Zeit angehalten. Die Kassenergebnisse hätten sich von 5 12 000 Mark Einnahmen des Gesamtverbandes 1904 auf 2443 000 Mark im Jahre 1905 gehoben. Auch die Beitragsleistungen seien gestiegen. Heute erheben alle bedeutenden christlichen Verbände dieselben Beiträge wie ihre sozialdemokratischen Konkurrenzorganisationen. An Opferwilligkeit stehen sich die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften im allgemeinen von ihren sozialdemokratischen Kollegen nicht mehr abertreffen. In den wichtigsten deutschen Industriezentren im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, wie auch im Saarrevier könnten auf wirtschaftlichen Gebieten große, wichtige Aktionen ohne die christlichen Gewerkschaften nicht mehr unternommen werden: auch in Oberbayern würden dieselben schon über die gleiche Position verfügen, wenn nicht der ungeliebte Kampf mit den katholischen Fachabteilungen die Kräfte zerplittert und den Erfolg erschwert. Mehrere Schachmattmacher hätten im Verlaufe des Jahres die christliche Gewerkschaftsbewegung für gefährlicher als die sozialdemokratische erklärt. Diejenigen, die wünschten, daß gegen die Arbeiter mit Ausnahmegesetzen und mit Waffen vorgegangen werde, hätten insofern recht, daß diesen schachmattmachenden Bestrebungen gegenüber die christliche Gewerkschaftsbewegung sich gefährlicher erweise als die sozialdemokratische, weil sich ein gerechter Grund zum schärferen Vorgehen gegen die Christlichen nicht finde. Wer aber einen geordneten Fortgang der volkswirtschaftlichen und sozialen Entwicklung wünsche, der könne eine Arbeiterbewegung, die von kirchlichen Ideen getragen werde, nur begrüßen. Den Vorförden rufe er zu, sie wollten als christliche Gewerkschaftler nicht anders behandelt sein, als andere, aber sie verlangten eine gerechte Behandlung seitens der Behörden. Die Unternehmern sollten einsehen, daß sie mit Schachmattmachern nicht zum Ziele kämen. Sie möchten bedenken, daß sie durch solche Maßnahmen die Arbeiter direkt in das gegenwärtige Lager hineintreiben. Der Lohnarbeiterstand erkläre sich unerbittlich seinen Platz in der bürgerlichen Gesellschaft.

In der an den Bericht sich anschließenden Diskussion kamen eine Reihe von Einzelfragen zur Verhandlung. Mehrere Anträge zum Bericht wurden dem Ausschuss des Gesamtverbandes zur Berücksichtigung und Erledigung überwiesen.

Darauf folgte das Referat des Kollegen Klotz über

Die Vertikung der Kartelle in der christlichen Gewerkschaftsbewegung.

In der christlichen Gewerkschaft, so führte Redner aus, müsse es stets heißen: Vorwärts immer, rückwärts nimmer! Dies müsse auch bezüglich der Gewerkschaftskartelle gelten.

Den Ortsstellen falle eine große Summe gewerkschaftlicher Arbeit zu. Die bisherige Arbeit habe aber gezeigt, daß mancherorts die bestehenden Kartelle die Aufgaben, die sie zu erfüllen hätten, nicht genügend erkennen oder auch den Anforderungen, die an sie gestellt werden müßten, nicht gewachsen seien. Der Kongress müsse daher die Bahnen ihres Tätigkeitsbereiches genauer bestimmen. Ein sehr wichtiges Gebiet für die Ortsstelle sei die Agitation. Wenn die Bewegung an einem Orte oder Bezirke fortzuschreiten solle, so sei die Vorbereitung hierzu eine planmäßige einheitliche Agitation, die sowohl in der Kleinarbeit als auch bei größeren Aktionen zum Ausdruck kommen müsse. Dieses könne jedoch nur geschehen, wenn alle Ortsgruppen von Zentralorganisationen, die dem Gesamtverband angegeschlossen seien, dem Orts- oder Bezirkskartell angehörten, vorausgesetzt, daß letzteres sich in den vom Kongress gegebenen Rahmen bewege. Die Pflicht zum Anschluß müsse daher festgelegt werden. Des ferneren dürfte es durchaus notwendig erscheinen, daß in Bezirken mit gleichartigen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht etwa mehrere Ortsstellen, sondern ein einheitliches Bezirkskartell errichtet werde, das den an die Kartelle herantretenden Aufgaben (einheitliche intensiver

Agitation u.) gewachsen sei, wozu kleinere Ortsstellen nicht in der Lage seien. Die Kirchturnspolizei mancher Ortsgruppen oder deren leitenden Geister müsse schwinden und sich der Gesamtbewegung unterordnen. Der innere Ausbau, sowie Erhaltung und Stärkung der bestehenden Zahlstellen, die Vorbereitung und Gründung neuer Zahlstellen anderer Verufe, bis die Möglichkeit erschöpft sei, weitere Zahlstellen zu gründen, sei eine selbstverständliche Aufgabe. Um dieses aber wirklich erreichen zu können, müsse vor allen Dingen die Erziehung zur Kleinarbeit namentlich der Pausagitation erfolgen. Die Beschaffung von Adressen bei Gelegenheit von sozialen Wahlen, oder aus den Mitgliederlisten der konfessionellen Arbeitervereine oder sonstiger auf christlich-nationaler Grundlage stehenden Vereinen diene hierzu.

Für die verschiedenen Aktionen sei ein durchaus zuverlässiger Vertrauensmännerapparat aus allen Organisationen zu bilden, der innerhalb weniger Stunden zusammenberufen werden und seine Tätigkeit beginnen könne.

Großen Wert müßten die Ortsstellen auf die Heranbildung rednerischer Kräfte legen. Wenn die Agitation dauernde Erfolge zeitigen solle, dann müsse die Erziehung der Mitglieder mit den numerischen Erfolgen der Organisation gleichen Schritt halten. Die Heranbildung rednerischer Kräfte mache die Errichtung von UnterrichtsKurien notwendig, an welchen die schäftigen Kollegen aus den verschiedenen Organisationen teilnehmen müßten. Auch bei Lohnkämpfen am Orte müsse sich das Kartell betätigen, doch dürfe es durchaus nicht selbständig vorgehen, sondern stets nur nach den Weisungen oder im Einverständnis mit den in Frage kommenden Zentralleitungen handeln.

Durch Mitarbeit an der Tagespresse (Einleitung von Artikeln und Berichten) müsse das Kartell dahin wirken, daß die Öffentlichkeit über unsere Bestrebungen aufgeklärt werde. Die Einführung eines Veranlassungskalenders als ständige wöchentliche Rubrik in der Tagespresse sei ebenfalls dringend zu empfehlen.

Im weiteren Verlauf der Diskussion die Frage des Arbeitsnachweises wie des Herbergswesens, des Rechtsschutzes, der Förderung der Bildungsbestrebungen. Zu den überaus wichtigen Gebieten gehörten wiederum die sozialen Wahlen, Krankenkassen, Gesellenausweise, Gewerbegeichte, Knappheitsmaßnahmen bedürfen der eingehendsten Vorbereitung der Orts- und Bezirksstellen. Auf dem Gebiete der Kommunalpolitik gebe es ebenfalls eine Reihe wichtiger Fragen, denen die christlichen Kartelle die sorgfältigste Aufmerksamkeit zuwenden müßten; z. B. die Fürsorge für Arbeitslose, die paritätische Ausgestaltung der Arbeitsnachweise, Regelung des Schulnützigenwesens und die Wohnungsfrage. Diese vielfältige Betätigung ließe sich am besten und wirksamsten in einem großen Bezirkskartell entfalten.

Wollten aber die Kartelle den mannigfaltigen an sie herantretenden Aufgaben gerecht werden, dann werde sich mancherorts die Anstellung von Kartellbeamten als notwendig erweisen. Dieses erfordere aber die Erhebung von angemessenen Kartellbeiträgen.

An das Referat knüpfte sich eine lebhaft und interessante Diskussion, an welcher auch die Delegierten unseres Verbandes hervorragenden Anteil nahmen. Die im Referat und Diskussion zum Ausdruck gekommenen Anschauungen gelangten in folgender Resolution zur Annahme:

Der letzte Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands erkennt in den Kartellen sehr wichtige Institutionen für die gemeinlich zu erstrebenden Interessen der christlichen organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen eines Ortes oder Bezirkes. Die Kartelle müssen sich in Zukunft mit Erfolg betätigen auf solche Gebiete zu beschränken, die Kompetenzfragen mit den einzelnen Zentralverbänden und dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands ausschließen.

Als Aufgaben der Kartelle sind u. a. anzuführen: eine planmäßige einheitliche Agitation unter Mitwirkung der Gau- und Bezirksleitungen der jeweilig in betracht kommenden Verbände; Erhaltung und Stärkung der bestehenden, sowie Gründung neuer Zahlstellen; Nachhelfen in tatsächlicher und organisatorischer Beziehung bei Bewegungen; Förderung des Arbeitsnachweises und des Herbergswesens; Vornahme wichtiger Statistiken und Pflege des Rechtsschutzes; Vertretung mit den gewerblichen Aufsichtsbeamten; gründliche Vorarbeiten und Beteiligung an allen sozialen Wahlen; Betätigung auf dem Gebiete der sozialen Kommunalpolitik; Bildung und Erziehung der angehörenden Gewerkschaftsmitglieder durch Errichtung von UnterrichtsKurien, Einrichtung von Lesezimmern und Betrieb von geeigneten sozialen Schriften; Veranstaltung von Volkserziehungskursen; die Tagespresse der Gesamtbewegung dienbar zu machen u. m.

Im Interesse einer einheitlichen Arbeit ist in größeren Industriezentren, namentlich bei Großstädten und deren Vororten, nach Möglichkeit die Bildung von Bezirkskartellen vorzunehmen, in deren Geltungsbereich an einzelnen Orten Agitationskommissionen gebildet werden können.

Des ferneren ist die Anstellung von Kartellbeamten, wo eben angingig, anzuführen.

Alle Ortsgruppen von Verbänden, welche dem Gesamtverbande angegeschlossen sind, haben die Verpflichtung, den Orts- oder Bezirkskartellen anzugehören, falls letztere sich in den vom Kongress der christlichen Gewerkschaften zugewiesenen Aufgaben bewegen und sind die Beiträge zu den Kartellen als Pflichtbeiträge zu betrachten. Ausnahmen sind nur in besonderen Fällen zulässig.

Die Regelung von Streitigkeiten, Herausgabe von Sammellisten, Ausschluß von Mitgliedern, wie auch Entscheidungen über Lohnbewegungen, als auch

die hierbei zu beachtende Taktik gehören nicht zur Kompetenz der Kartelle, sondern sind ausschließliches Recht der einzelnen Zentralverbände bzw. des Ausschusses des Gesamtverbandes. Gemeinsame, mit größeren Ausgaben verbundene Kartellkonferenzen dürfen nur im Einverständnis mit dem Vorstand des Gesamtverbandes bzw. Gau- und Bezirksleiters der einzelnen Verbände stattfinden. Auch dürfen die Kartelle als solche sich nicht an den kommunalen Wahlen aktiv beteiligen, müssen sich vielmehr von allen parteipolitischen Aktionen streng fernhalten. Von den Ortsstellen wird erwartet, daß dieselben bei der Durchführung ihrer Aufgaben und in der Zusammenfassung leitens der einzelnen Berufsgruppen in loyaler Weise verfahren. Es ist namentlich darauf zu achten, daß nicht so sehr Majoritätsentscheidungen herbeigeführt, sondern der Weg der Verständigung gewählt wird.

In allen fruchtigen Fällen sind die Kartelle gehalten, eine Direktive des Vorstandes des Gesamtverbandes einzuholen.

Zu den Verhandlungen am Dienstag war u. a. auch der Herr Oberpräsident der Provinz Schlesien, Graf Zedlitz-Trützschler, erschienen. Das Thema:

Die christlichen Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung, in der Volkswirtschaft und im öffentlichen Leben

behandelte Reichstagsabgeordneter Giesberts. Einleitend bemerkte Redner, daß er eine grundsätzliche, zusammengefaßte Darstellung des Wesens der christlichen Gewerkschaften und ihrer Stellung gegenüber den verschiedenen Zeitströmungen beabsichtige.

Von dem ersten Augenblicke an, in dem die christlichen Gewerkschaften ihre Organisation zu begründen begonnen hätten, seien sie, und speziell von der Sozialdemokratie, als Arbeiterzerpflücker und Arbeiterverräter bezeichnet worden. Es sei aber eine historische Tatsache, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung von Anfang an zerplittert gewesen sei, eine Zerplitterung, die schon in den 60er Jahren mit der Begründung der beiden ältesten Richtungen, der sozialdemokratischen und der christlichen, begonnen habe. Unzweifelhaft sei das Ideal eine möglichst einige und einheitlich geschlossene Gewerkschaftsbewegung. Die Schuld an der Zerplitterung trügen nicht die christlichen Gewerkschaften, sondern diejenigen, welche das Gewerkschaftsleben in den Dienst von Bestrebungen gestellt hätten, die den religiösen und wirtschaftspolitischen Anschauungen eines großen Teils der Arbeiterklasse entgegenstünden. Man sehe auch heute klar, daß die „freien“ Gewerkschaften es immer mehr aufgaben, auf ihre Neutralität zu pochen. Was man früher so oft bestritten, betenne man heute offen, daß nämlich Sozialdemokratie und „freie“ Gewerkschaften eins seien, d. h. nach einem gemeinsamen Ziele streben. Wenn Professor Sombart sage: „die gewerkschaftlichen Bestrebungen haben mit Religion nichts zu tun“, so habe er insofern recht, daß das Ziel der Gewerkschaften, die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter an und für sich mit Religion nichts zu tun habe; aber es sei nicht außer acht zu lassen, daß in der Anwendung der Mittel zur Erreichung dieses Zieles nicht zuletzt das Christentum eine große Rolle spiele. Man mache den christlichen Gewerkschaften den Vorwurf, sie trügen ein fremdes Element in die Arbeiterbewegung. Leider seien heute keine Freie der deutschen Arbeiterbewegung unter dem Einfluß der Sozialdemokratie dem christlichen Gedanken ent Fremde, ja sie stellten sich oft direkt im Gegensatz zum Christentum. Diese mögen den christlichen Gedanken als ein fremdes Element in der Arbeiterbewegung empfinden. In Wahrheit idealisiere das Christentum die Arbeit. Die Grundwahrheiten des Christentums müßten den festen Boden bieten, auf dem allein in Zukunft mit Erfolg Gerechtigkeit in die wirtschaftlichen Verhältnisse gebracht werden könne. Von anderer Seite werde gegen die christliche Gewerkschaftsbewegung der entgegengekehrte Vorwurf, wie ihn die Sozialdemokratie macht, erhoben, es werde gesagt, sie trügen dem religiösen Gedanken nicht genügend Rechnung. Man tadele die Interkonfessionalität und die Ausschaltung des direkten kirchlichen Einflusses auf die Bewegung. Beide Vorwürfe seien unrichtig. Er sei überzeugt, daß evangelische und katholische Arbeiter zur Durchführung der wirtschaftlichen Aufgaben, die ihnen gestellt seien, genügend gemeinsame religiöse und sittliche Grundlage besäßen, um ein erfolgreiches Zusammenwirken zu ermöglichen. Die Schürung konfessioneller Gegensätze sei gerade in unserer Zeit, in der die ungläubige und freireligiöse Richtung immer breiteren Boden im Volke gewinne, besonders gefährlich. Andererseits liege es im Interesse der Kirche und ihrer Organe, wenn sie sich möglichst von der wirtschaftlichen Kämpfe fernhalte. Zwischen den katholischen Fachabteilungen und den christlichen Gewerkschaften bestehe aber noch ein anderer Gegensatz. Die Fachabteilungen verwerfen den Kampf um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen und glauben, alle Reformen von einer gerechten und besseren Seite des Arbeitgebers erwarten zu können, und falls dies nicht eintrete, durch die Initiative des Staates. Dies sei ein fundamentaler Irrtum. Wenn die Voraussetzungen zuträfen, hätten sich die großen Missstände auf sozialem Gebiete eigentlich gar nicht entwickeln können. Die Interessen der Arbeiter, das Verlangen nach mehr Rechten, nach besseren Arbeits- und Lebensbedingungen, nach Anerkennung und Gleichberechtigung, kurz die ganze Emanzipationsbewegung der Arbeiter reihe so sehr und so oft im Gegensatz zu den Interessen der Arbeitgeber, daß menschlich gesprochen, von ihnen ein Entgegenkommen aus freien Stücken gar nicht erwartet werden könnte.

Der Redner kam dann auf die christliche Gewerkschaft in der Volkswirtschaft zu sprechen. So sehe die christlichen Gewerkschaften an den Grundfragen religiöser und nationaler Art festhalten wollten, so entschieden ständen sie auf dem Standpunkt der Arbeiterbewegung, d. h. jener Bewegung, die dahin strebe, dem Arbeiterstand in wirtschaftlicher Hinsicht den Anteil an den Erträgen der Kultur und Wissenschaft zu sichern, auf die sie vermöge ihrer der Gesellschaft geleisteten Dienste Anspruch hätten. Der Unterschied zwischen der Sozialdemokratie und den christlichen Gewerkschaften sei der, daß die christlichen Gewerkschaften unter Ablehnung der utopistischen und antichristlichen Ziele der Sozialdemokratie ihren Endzweck auf den Rahmen des Möglichen beschränkten; aber innerhalb dieses Rahmens setzten sie, die christlichen Gewerkschaften, alles an die Erreichung ihres Zieles. In der Gewerkschaft im allgemeinen tabete man die vielen Streits, durch welche die nationale Arbeit geschädigt werde und das Verhältnis zwischen Arbeiter und Arbeitgeber verübert und unvertäglich gestaltet werde. Klein die Schuld treffe nicht die Arbeiter, schuld daran sei vielmehr die Einseitigkeit der bestehenden Kreise, die immer noch nicht begriffen hätten, daß die Kulturbewegung der Arbeiter eine ganz natürliche, in den Verhältnissen begründete Erscheinung sei. Vor allen Dingen verfolge man nicht die große wirtschaftliche Umlagerung, die unser Vaterland im letzten Jahrhundert auf industriellen Gebiete durchgemacht habe. Im Laufe eines Jahrhunderts habe sich aus den ersten Anfängen eine mächtige neue Klasse gebildet, die Klasse der Lohnarbeiter. Nicht aber bloß durch seine Zahl und Menge ist der Lohnarbeiterstand ein so bedeutender Faktor geworden, sondern ebenso sehr durch die volkswirtschaftliche Funktion, die in seinen Händen liege. Von der Tüchtigkeit, der Intelligenz, Pflichttreue, Berufsfreudigkeit der Arbeiter hänge nicht zuletzt der Erfolg unserer ganzen Wirtschaft ab. Sollte die Volkswirtschaft sich zur möglichen Vollkommenheit entwickeln, so sei die notwendige Voraussetzung, daß man den Wünschen und Bestrebungen der Arbeiter Rechnung trage, daß an Stelle der verpöndlichen Klassenengegenseitigkeit die Harmonie in der Gesellschaft wieder hergestellt werde, indem man dem Arbeiter bereitwillig den Platz einräumt, den er mit Recht beanspruchen könne. Die Verquickung des Gewerkschaftsgedankens mit der Sozialdemokratie sei unratlich. Wo aber der Kampf nach praktischer Gegenwartigkeit sich gelte, da könne und müsse unter Umständen in unseren gegebenen Verhältnissen ein Zusammenwirken der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen Platz greifen. Die christlichen Gewerkschaften wollten aber überall da, wo es in ihrer Macht und ihrer Möglichkeit liege, nur dann Bewegungen beginnen, wenn dieselben gerecht seien und die Voraussetzungen für den Erfolg nach menschlichem Ermessen tüchtig gegeben seien.

Zu dem dritten Punkte der Stellung der christlichen Gewerkschaften im öffentlichen Leben, übergehend betonte Redner, daß die christlichen Gewerkschaften von jeher streng darauf gehalten hätten, Kartellpolitik aus ihren Bestrebungen auszuschalten. Wie aber die Interkonfessionalität der Bewegung nicht ausschließe, daß die christlichen Gewerkschaften für die christliche Weltanschauung einträten und außerhalb der Gewerkschaft oder sich im Sinne seiner kirchlichen Anschauung betätige, so schließe auch der unpolitische Charakter der Bewegung die politische Betätigung der Mitglieder außerhalb der Gewerkschaft nicht aus. Im weiteren verhielte der Redner einige Fragen des öffentlichen Lebens, so auch die Lohnarbeiterfrage. Für die nachdrückliche Verfolgung dieser Frage ständen den christlichen Gewerkschaften in absehbarer Zeit leider keine Mittel und Kräfte zur Verfügung. Die Abplittierung einer besonderen christlichen Arbeiterpartei hält der Redner eher für schädlich für die christliche Arbeiterbewegung. Damit würde man nur erreichen, daß die jetzt bestehenden Parteien sich der Notwendigkeit überheben müßten, in Zukunft noch Ernsthaftes auf sozialem Gebiete zu leisten. Zum Schluß betonte der Redner als leitenden Gedanken der christlichen Gewerkschaften, die deutsche Arbeiterbewegung zurückzuführen, auf den Boden der christlichen und nationalen Ideale und auf diesem Boden der deutschen Arbeiterbewegung die ihm gebührende Stellung zu erlangen. (Lebhafte Beifall.)

Nachdem der Vorsitzende Schiffer alsdann die Gäste, namentlich die verschiedenen behördlichen Vertreter begrüßt hatte, ergriß der Oberpräsident das Wort zu folgender Ansprache: „Meine Damen und Herren! Ich habe bereits vorgestern durch meinen Vertreter, Ober-Regierungsrat Schimmelpfennig, das Interesse der obersten Verwaltungsbehörde an Ihren Verhandlungen kundgeben lassen, und ich glaube, Sie werden aus der Wärme seiner Ausführungen erkannt haben, daß ich und die mir unterstellte Behörde mit vollem Interesse Ihren Arbeiten folgen. (Lebhafte Beifall.) Das will ich auch bekräftigen durch mein heutiges Erscheinen in Ihrer Mitte. Ich halte es für eine der ersten Pflichten des Verwaltungsbeamten, daß er die lebendigen Strömungen in unserem Volkleben selbst kennen lernt und an ihnen zu lernen sucht, das ist der Grund meines heutigen Erscheins. Sie werden nicht erwarten, daß ich heute persönlich zu den schweren und wichtigen Fragen, welche der Herr Vortragende behandelt hat, hier Stellung nehme. Das kann ich nicht; ich kann aber bekunden, daß ich mit größtem Interesse die Ausführungen Ihres Referenten gehört habe.“

und daß ich sie nutzbar zu machen mich bemühen werde. (Langandauernder Beifall.)

In der Diskussion über das Giesbertsche Referat kam die prinzipielle Stellung der christlichen Gewerkschaften ebenfalls klar zum Ausdruck. Von der Abfassung einer Resolution zu diesem Referat wurde jedoch Abstand genommen und beschlossen, daß das Referat demnächst in erweiterter Form als Broschüre erscheinen soll. Darauf trat die Mittagspause ein.

Zur Generalversammlung.

Bezüglich der in unserm Organ angeregten Frage betreffend Einführung von Staffelbeiträgen möchte auch ich meine Ansicht äußern. Die Einführung dieses Systems an und für sich kann ich nur begrüßen, jedoch ist es notwendig, daß die höheren Beiträge freiwillig gezahlt werden. Hierdurch wird sich m. E. nicht nur die Mitgliederzahl erhöhen, sondern auch das Interesse für den Verband steigern. Dann möchte ich aber auch dem schließlichen Meinem beipflichten, der die Ansicht vertritt, daß der Beitrag mit 20 Pfg. höchstens als Mindestbeitrag angesetzt und sich dann steigert bis 60 Pfg. wünschenswert. Den jetzigen 25 Pfennig-Beitrag für Arbeiterinnen sehe ich gern auf 20 Pfg. erniedrigt und zwar aus dem Grunde, weil auch in dem gegnerischen Verbände der Mindestbeitrag 20 Pfg. beträgt. Tarifmäßig bietet uns der deutsche Verband bei den Arbeiterinnen dadurch scharfe Konkurrenz. Bei der Einführung des 20 Pfennig-Beitrags fielen dieses weg und würde sich der Beitragsausfall ganz bestimmt durch stärkere Mitgliederzunahme zum mindesten ausgleichen, wenn nicht noch gar erheblich erhöhen. Für die Ausführungen des Kollegen A. B. aus Vörrach kann ich mich nicht begeistern, weil ich befürchte, daß ein Extra-Monatsbeitrag von 40 Pfg. nicht ausreichen würde, die Ausgaben für Kranken- und Sterbunterstützungen zu decken. Auch würde es m. E. nicht vorteilhaft sein, die Kranken- und Sterbunterstützung von der Verbandskasse zu trennen und gesondert zu verwalten. Meine Bedenken hiergegen will ich aus bestimmten Gründen nicht näher ausführen, dieses glaube ich ruhig den Kollegen und besonders den gemäßigten Delegierten überlassen zu dürfen. — Zum Schluß möchte es mir gestattet sein, noch einen weiteren Punkt, der auch in etwa mit dem Beitrag zusammenhängt, hier anzuführen. Es wird immer unangenehm empfunden, wenn man sieht, wie die eingekamerten Berichte aus Raumangel so stark gekürzt und beschleunigt werden. Diesem Uebelstand — so möchte ich denselben bezeichnen — könnte dadurch begegnet werden, daß unser Organ vorgeschrieben, erst eine Zeilspalte beigegeben würde. Ich erkenne es vollständig an, daß die Berichte über Versammlungen und Lohnbewegungen nicht auf Kosten der Leitartikel verwendet werden sollen. Gerade die Leitartikel sind für alle, besonders für die jung organisierten Kollegen, nicht nur sehr lehrreich, sondern sogar unentbehrlich. Um jedoch speziell die Berichte über Lohnbewegungen möglichst ausführlich zu verwenden, möchte ich es den Delegierten dringend ans Herz legen, auch diesem Punkte ihre Aufmerksamkeit zu schenken und dafür einzutreten, daß für gleichartigen Einblendungen etwas mehr Raum im Organ beschafft würde. Ich bin der Meinung, daß für die Mehrkosten eines vergrößerten Organs jeder Kollege mit Freuden bereit sein wird, einen höheren Beitrag zu zahlen, zumal dieses in erster Linie ein Mittel ist, die gewerkschaftliche Schulung der Mitglieder zu fördern, ihre Kenntnisse zu bereichern und dieselben zu befähigen für den Verband immer mehr tätig zu sein.

Günzburg. H. E.

In dem letzten Nummern unseres Verbandsorgans wurden verschiedene Stimmen laut, die Reformvorschlüge zur Generalversammlung machten. Im Vordergrund stehen die Staffelbeiträge, deren Einführung von verschiedenen Kollegen verlangt, von anderen wieder verworfen wird. Darüber sind sich ja alle einig, daß wir nicht ewig bei den jetzigen Beitragssätzen bleiben können. Mit der Entzifferung und dem Fortschreiten unseres Verbandes werden die Ansprüche an denselben immer größer. Gerade gegenwärtig sehen wir, wie allüberall, aber besonders bei uns im Oberrhein, die Arbeiter erwachen, wie sie „mündig“ werden. In den nächsten Jahren helfen auf gewerkschaftlichem Gebiete, nicht zuletzt in unserem Textilarbeiterverbande, schwere Kämpfe in Aussicht. Da heißt es auf dem Felde sein, und da müssen wir auch eine leistungsfähige Verbandskasse haben, wenn wir nicht ins Hintertreffen geraten wollen. Das heißt ferner, daß das nicht geübt, ist m. E. die Einführung der Staffelbeiträge. Der Unterschied in den Löhnen ist auch bei uns in Mählen noch ein sehr großer. So besteht z. B. zwischen den Löhnen der Spinner und Webler eine Differenz von 25—30 Mark in 14 Tagen. Das für den Spinner leichter der 50-Pfennig-Beitrag bezahlen kann wie der Webler den 30 Pfg. 1 Mark. Der Staffelbeitrag ist auch der gerechteste Beitrag. An den Orten wo höhere Löhne bezahlt werden, ist bei Lohnbewegungen weit schwerer, etwas durchzusetzen, wie an Orten mit niederen Löhnen. Die Kämpfe sind demzufolge auch langwieriger, die Verbandskasse wird also auch länger und mehr in Anspruch genommen. Deshalb sollen auch die leistungsfähigen Kollegen mit den Beiträgen mehr herangezogen werden. Das kann ohne Nachteil geschehen, da ja auch die Lohnbewegungen mit den höheren Beiträgen Schritt halten. Das man aber deshalb gegen die Staffelbeiträge spricht, weil sie im neuen Verbandsorgan nicht mehr beachtet werden, das ist ein sehr unglückliches Urteil. Ich bin auch nicht für's „Gutachten“, aber das Gutachten ist ein Verhängnis haben wir ja schon ein Beispiel der Staffelbeiträge im christlichen Verbandsorgan, wie können wir ja diesen zum Vorbild genommen haben. Den gleichen Vorwurf des Nachlassens können wir ja auch den letzten Generalversammlung bei der Sterbunterstützung, die bei uns schon lange besteht, entgegenbringen. Auch sie nehmen eben das Gut, an ohne dem Bedenken des Nachlassens kaum zu geben. Dann muß m. E. die Verbandsgeneralversammlung beschließen, daß aus gegnerischen Verbänden Vertreterinnen die bisherige Mitgliedschaft in diesen Verbänden in Anwendung gebracht wird. Die Ortsgruppen Mitarbeiter von Vörrach, einen bahnbrechenden Antrag einbringen, das werden die Redaktionen wissen und über dieses nur, an der „deutschen“ Sterbunterstützung, im letzten Generalversammlung

im gleichen Sinne beschlossen hat. Unsere Mithausener Genossen erzählen uns Wunderdinge als Folgen dieses Beschlusses. So sollen auf einmal 40 Lebertritte erfolgt sein. Das ist allerdings wie immer nur Schwundel und Phantasie, sind doch bei uns noch nicht 20 Austritte seit der großen Bewegung überhaupt zu verzeichnen bei den vielen Neuaufnahmen. Die tieferen Gründe, die uns zu solchen Beschlüssen geleitet haben, sind kurz folgende: bei impulsiv auftretenden größeren Bewegungen werden erfahrungsgemäß eine große Anzahl Kollegen mit in den Strom gezogen und geraten ins gegnerische Lager. Bei solchen Bewegungen hüten sich konsequent meist unsere Gegner, ihr wahres Gesicht zu zeigen, kriechen vielmehr von Neutralität. Nach und nach kommt dann der wahre Charakter dieser angeblich so neutralen Leute zum Vorschein. Dann haben aber die neuen Mitglieder, die ihrer inneren Überzeugung nach zu uns gehören, schon eine Reihe Beiträge bezahlt. Sie entschließen sich schwer, von neuem eine Karenzzeit zu bestehen, und sind für uns verloren. Wozu solche Leute dort erzogen werden, verlieren wir alle. Das aber wollen wir verhindern. Wir wollen denen, die aus Unkenntnis in dieses Jahrwasser getrieben, eine Brücke bauen. Derartige Fälle wird es überall geben, bei uns sind es recht viele. Aus Gründen des Verhältnisses und des Verzeihens wollen wir diesen Schritt unternehmen, und möge die Generalversammlung dahingehend beschließen.

Mithausen i. Gh. H. B.

Nach meiner Ansicht ist es notwendig, daß eine Beitragserhöhung stattfindet. Ich schlage hierzu die Einführung einer zweiten Klasse vor. Die heutigen Beiträge nach § 7 unseres Statuts sollen als Klasse eins, als Pflichtbeiträge wie bisher gelten. In der zweiten Klasse müßten folgende Beiträge gezahlt werden: Mänliche Mitglieder 60 Pfg., weibliche 50 Pfg. und für Heimarbeit 40 Pfg. Die Unterhaltung soll in Klasse zwei betragen bei Streik und Maßregelung nicht unter 18 Mark, aber auch nicht darüber hinaus. Neu eingeführt müßte eine Lohnzulagenvergütung werden. Die Sterbunterstützung schlage ich in Klasse zwei folgendermaßen vor:

Nachmindestens	einjähriger Mitgliedsdauer	40 M.
"	dreijähriger	60 "
"	fünfjähriger	80 "
"	siebenjähriger	100 "
"	zehnjähriger	120 "

Die Krankenunterstützung der zweiten Klasse ist um die Hälfte zu erhöhen.

Es ist unmöglich eine einheitliche Beitragserhöhung stattdessen zu lassen. Ich habe mit Kollegen gearbeitet, wo wir beinahe 24 Mark wöchentlich herausholten, dagegen in einem anderen Bezirk nur 8 Mark. Wie kann man alles einheitlich sein? Die Schreibereien weisen einen solchen Unterschied von 16 Mark auf, das ist für einen Lohnarbeiter ganz ungläublich ersichtlich. Mit Mut voran! Vorwärts immer, rückwärts nimmer! Auch dem schlecht Gestellten Hilfe gewähren! Aber nicht mit einer noch niedrigeren Klasse. Unsere schlecht gestellten Kollegen werden es halb so schwer empfinden, wenn sie wissen, daß 2/3 der Mitglieder nur 30 Pfg. 60 Pfg. zahlen. Dies sind die Ansichten eines langjährigen Mitgliedes, der in schwierigen Verhältnissen lebt und durch Maßregelung gezwungen war, umherzureisen.

Griesheim a. Rh. Sch.

Vervollkommnung der Reichsarbeitslosenstatistik in den deutschen Gewerkschaften.

Es werden jetzt drei Jahre, daß das Kaiserlich-königliche Amt eine Abteilung für Arbeiterstatistik eingerichtet hat. Die Notwendigkeit einer solchen Einrichtung war schon längst vorhanden und wurde somit einem Bedürfnis abgeholfen. Die Aufgaben einer solchen Institution und der allem erst die Gebiete, auf welchem solche Erhebungen zweckmäßig und notwendig, sind mancherorts bekannt und sehr umfangreich. So war es ganz ersichtlich, daß man auch sein Augenmerk auf die Arbeitslosigkeit richten mußte, umso mehr, da eine Registrierung und Überzicht des Arbeitsmarktes zur Kennzeichnung der Kenntnisse und Anzahl der unrentierlich und unrentierbar jetzigen Arbeiter.

Nun ist naturgemäß gerade diese Materie äußerst schwer zu bearbeiten, zumal, da ein genügender Personalbestand für Erhebungen dieser Art noch kaum vorhanden ist. Ständige Arbeitsnachweise, persönliche und Schatzkassenverfahren, letztere besonders — Personalfragebogen etc. — sind alle keine Generalaufnahme, um ein allgemeines Bild zu bieten, insbesondere zuverlässiger Natur. Dann fällt als schwerwiegender Mangel in die Waagschale, daß die Arbeitslosigkeit meistens von Witterungsbedingungen und Zufällen, je nach Verfall, stark abhängig ist. Aus diesem Grunde lag der Gedanke nahe, die eigentlichen Träger der Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften, zur Schaffung eines zuverlässigen Materials mit heranzuziehen. Es heißt es denn auch in der „Deutscher“ v. a. Die mannigfachen auf diesem Gebiete liegenden Unternehmungen früherer Vereinigungen, z. B. des Vereins für Sozialpolitik, der Berufsorganisationsvereine von Arbeitgebern und von Arbeitern, sowie manche wissenschaftliche Spezialuntersuchungen liefern nicht zu unterschätzende Anhaltspunkte.

Die Vervollständigung dieses Gebietes, wie solcher uns längst ersehnt ist, hat ohne Zweifel große soziale Vorteile. Grundsätzlich wird für die Statistik an der Quelle geschöpft, und andererseits werden die vielen Nachteile, die leider noch immer in den maßgebenden Regierungskreisen, besonders in Preußen und Sachsen, vorhanden gegen die Gewerkschaftsbewegung — heutzutage, wie auch die Gewerkschaften selbst in die Lage kommen, ihre Notwendigkeit als öffentliche Organe, wie wissenschaftliche Institutionen zu erweisen. Es haben aber auch die Gewerkschaften selbst ein enormes Interesse daran, den Grund der Arbeitslosigkeit der untergeordneten Kräfte, der Prosperitätsperioden, wie der schon erwähnten Konjunkturen zu erörtern, da es für ihre Statistik, für ihre langwierigen wissenschaftlichen und literarischen Unternehmungen von außerordentlichem Wert ist. — Aus diesen letzten Überlegungen mag ersichtlich sein, daß es nicht bloß zu begründen ist, daß man regierungsmäßig sich den Gewerkschaften nähert und sie als maßgebende Faktoren betrachtet, sondern daß es eine einfache Pflicht der Gewerkschaften ist, soweit sie Erhebungen über die Arbeitslosigkeit in

ihren Berufen veranstalten und Arbeitslosenunterstützungen zahlen, sich auch an der Vervollständigung der Reichsarbeitslosenstatistik zu beteiligen. Und sieht es hier nicht noch recht mangelhaft im christlichen Gewerkschaftslager aus?

Was macht es für einen Eindruck, wenn von unseren sämtlichen Verbänden, die Arbeitslosenunterstützungen eingeführt haben — es werden deren fünf sein — sich nur der Metallarbeiterverband an der Statistik beteiligt? Soll das so bleiben? Nein, sicher nicht, wenn wir Einfluß behalten wollen, und im Interesse unserer selbst muß hier reformiert werden.

An der Reichsarbeitslosenstatistik, die zum ersten Male im Juli 1903 publiziert wurde, beteiligten sich 42 Verbände, 23 freie, 17 Kirch- und D. V. der Berliner Verband der katholischen Arbeitervereine und ein Verein der Photographen. An der Statistik für das erste Vierteljahr 1906 beteiligten sich 64 Verbände, von denen 3 unsern Gesamtverband angehörend sind. Diese 64 Gewerkschaften umfassen rund 1 1/2 Millionen Mitglieder.

Arbeitslosen waren am 31. März 1906 von diesen 12653 Personen, oder 1,1% der Mitglieder.

Wie es nun bei jeder neuen Einführung von Mängel und Unvollkommenheiten, wie auch andererseits im Reichsstatistikamt der Statistik gewünscht wurden. Nach Pflege einer Korrespondenz mit der Generalkommission der freien Gewerkschaften von Seiten des statistischen Amtes lud dieses zu einer Aussprache ein, um die Angelegenheit zu diskutieren und Informationen von den Gewerkschaften einzuziehen. An eine engere Vorbereitung am 11. Juni reichte sich eine erweiterte Konferenz am 15. Juni im Berliner Gewerkschaftshaus. An beiden Konferenzen nahmen Vertreter aller Gewerkschaftsrichtungen teil; an der letzteren 31 der freien, 4 der Kirch- und D. V. der Berliner Verband der katholischen Arbeitervereine und ein Verein der Photographen und der für kaufmännische weibliche Angestellte. Das kaiserlich-königliche Amt vertrat Herr Regierungsrat Dr. Leo von Herr Dr. Franke.

Nach einem kurz einleitenden Informationsreferat des Herrn Dr. Leo, woraus zu entnehmen ist, daß man von statistischer Seite großen Wert darauf legte, wie viel von Mitgliedern der Verbände überhaupt unterzuchtungsrechtlich sind und desentwegen eine solche entsprechende Frage dem Angehörigen einzuwerfen will, ferner nach Bezugnahme auf die Anregungen im Reichsstatistikamt, in denen monatliche Erhebungen, wie geographische Gliederung gewünscht wird, begann die allgemeine Debatte. Dieselbe war sehr umfangreich (von 14—8 Uhr) und wurden eine Reihe von Mißverständnissen geklärt, wie wertvolle Anregungen gegeben. Die Anregungen von H. B. Lindemann im Reichsstatistikamt betreffend monatliche Aufzählung, wie geographische Gliederung der Statistik wurden als Theorie bezeichnet und abgelehnt.

Getadelt wurde in der Debatte seitens der freien Verbände, daß die Statistik der Berliner Verband der katholischen Arbeitervereine als Fachverband mit anführe. Auf Anregungen andererseits hin will die Statistik dahin streben, daß nicht mehr der Verband als solcher mitgeführt wird, sondern nur die beruflichen Glieder. Wir referieren kurz die Hauptergebnisse der Diskussion, welche von der Regierung vermerkt werden sollen.

1) Um ein detailliertes Bild zu bekommen und die Statistik vollständiger zu gestalten, soll der Termin der Jahrsartenzählung an das statistische Amt vom 10. d. M., wie bisher, auf den 15. verlängert werden. 2) Von einem Nachbericht wie vorgeschlagen, sollen die Verbände enthalten sein, dafür aber dem Amt die jeweiligen Quartalsabrechnungen zur Verfügung stellen, wonach daselbst Vergleiche und Prüfungen anstellt. 3) Es ist dahin zu streben seitens der Gewerkschaften, daß selbst Einrichtungen (statutarische) werden, wonach sich sämtliche Arbeitslosen melden müssen, auch die Nichtunterstützten. 4) Erhebungslisten können die Gewerkschaften, um Kosten zu sparen, von dem statistischen Amt beziehen. 5) An Unterstützungsgebern sollen alle, Zentral- wie Lokal, verrechnet werden; gewünscht wird, die Ausgaben getrennt anzugeben. 6) Empfohlen wird, die Unterstützungen für 5 Tage in der Woche gelten zu lassen. 7) Die Karenztage sind in die Angaben einzubeziehen. 8) Nicht die einzelnen Personen werden gezählt, sondern die Anzahl der Fälle. Die neuen Erhebungen sollen gefällig werden am 30. September 1906.

Der Herr Regierungsrat Dr. Leo wurde dann noch zugehört, daß er befruchtend wolle, den Gewerkschaften noch freieren Platz des Reichsarbeitsstatistikamt zu lassen. Dasselbe wird dann stat. bisher am 21. am 25. d. M. erscheinen. Soweit die Ergebnisse der Beratungen, an denen wir gewinnvoll, unsere Verbände, die interessiert sind, alle teilgenommen hätten.

Der Verkehr zwischen Gewerbeaufsichtsbeamten, Arbeitgebern und Arbeitern.

Die Jahresberichte der königlich preussischen Regierungen- und Gewerbeberichte, so schreibt die „Westf. Arb.-Ztg.“, betonen fast übereinstimmend das gute Verhältnis zwischen Gewerbeaufsichtsbeamten, Arbeitgebern und Arbeitnehmern, wiewohl auch Differenzen im geringen Grade immer unvermeidlich sein werden. Wiewohl nun allerdings polizeiliche Befragungen und gerichtliche Befragungen des Forderungen der Gewerbeaufsichtsbeamten nachdrück geben. Die Amtsjahresberichte der Gewerbeinspektoren werden vielfach von den einzelnen Arbeitern gemieden. In einzelnen Bezirken ist eine geringe Steigerung gegen das Vorjahr zu beobachten gewesen. Die Gründe für den geringen Besuch mögen teilweise in der Erörterung von Rechtsauskunftstellen, Arbeiterreferaten liegen, wo die Arbeiter sich vielfach Rat holen, zu einem großen Teile bürden die Ursachen aber auch in einem berechtigten oder unberechtigten Mangel der Arbeitgeber gegenüber zu suchen sein. Es heißt es in dem Bericht aus dem Regierungsbezirk Arnberg, daß es den Arbeitern nicht entgegen sei, wie der Verkehr mit den Gewerbeaufsichtsbeamten in den Kreisen der Arbeitgeber im allgemeinen nicht gern gesehen werde. Dieses beweisen ihre ausnahmsweise gehaltenen Eingaben und ihre den Beamten mündlich vorgebrachten Bitten, den Arbeitgebern mitgeleitet über ihren Verkehr mit dem Beamten mitzuführen. Der Bericht weist einen deutlichen Gegensatz zwischen dem Verkehr und dem Verhältnis zwischen dem Arbeitgeber und Arbeiter.

eines Wertes ungerechtfertigte Vorwürfe darüber gemacht wurden, daß er sich mit dem Gewerbeinspektor in Verbindung gesetzt und diesem Verhältnismängel mitgeteilt habe. Das zeigt offenbar einen erheblichen Mangel an sozialem Verständnis. Der Unternehmer hat gleichfalls ein Interesse, vielleicht noch ein größeres als der Arbeitgeber, daran, daß Konflikte im Keime erstickt werden, was von einer unparteiischen Stelle am besten veranlaßt werden kann. Ueber eventuelle Zustände wolle der Regierungsbezirk Wiesbaden zu melden. In § 3 des Statuts des neuen preussischen Arbeitstatistikamtes des Verbandes der Beamten von Frankfurt und Umgebung wird bestimmt: Der Vorsitzende des Kuratoriums und ein Stellvertreter werden durch das Kuratorium mit Stimmenmehrheit auf drei Jahre gewählt. Soweit eine Mehrheit nicht zustande kommt, ernannt der jeweilige Gewerbeinspektor für den Stadtkreis Frankfurt denselben. In dem Düsseldorf Bericht wird hervorgehoben, daß die Tätigkeit des Gewerbeinspektors in Solingen als Vorsitzender des Gewerbegerichts dem Bestreben fortwährend günstig war, die Beziehungen der Arbeitgeber und Arbeiter zur Gewerbeinspektion fester zu knüpfen. Seit Jahren habe die Beratung der Streitigkeiten in der weitaus größten Zahl der Fälle zu einmütiger Beurteilung geführt und Arbeitgeber und Arbeiter traten nach jeder Gerichtsitzung mit dem Vorsitzenden gemeinsam zu geselliger Aussprache zusammen. Sollen die Gewerbeinspektoren ihrem Zwecke genügen können, dann muß auf beiden Seiten ein gewisses Maß von Vertrauen entgegengebracht werden. Solange die Arbeitgeber die Einrichtung als Drangsalation und unbedeutende Einmischung in ihre persönlichen Angelegenheiten empfinden, kann kein Vertrauen und kein gedeihliches Wirken in die Erscheinung treten. Aus verschiedenen Berichten geht hervor, daß namentlich kleinere Betriebe eine gewisse Abneigung zeigen, den geforderten Anordnungen nachzukommen. Dabei wird den Anordnungen zur Verhütung von Unfällen weniger Widerstand entgegengebracht als denjenigen, welche gesundheitsfördernde Verbesserungen erfordern. Das mag mit in dem Umstande zu suchen sein, daß sich solche gesundheitsfördernde Einrichtungen nicht so augenfällig bemerkbar machen. Der Kölner Bericht bezeugt, daß sich bei den einseitigen Gewerbeinspektoren die Anwendung polizeilicher Zwangsmittel jedweder als entbehrlich erwiesen habe, daß aber doch in den letzten Jahren die Zahl der Fälle, die eine abweichende Behandlung notwendig machten, erheblich sich gesteigert hätten. Die eingetretene Besserung sei wohl mit darauf zurückzuführen, daß mit dem allmählich sich vollziehenden Erlasse der älteren Betriebsleiter durch jüngere Kräfte das Verständnis für die staatsförmlichen Aufgaben des Arbeitnehmers wachse. Von fortschreitendem sozialem Verständnis zeugt der Umstand, daß eine Unternehmerorganisation, deren Mitglieder in der vorjährigen Strafliste oft zu finden waren, vom Gewerbeinspektor einen Vortrag über ihre gesetzlichen Verpflichtungen erbat.

Der Umfang des persönlichen Verkehrs der Arbeitgeber und der Arbeiter mit dem Gewerbeaufsichtsbeamten ist aus folgender Zusammenstellung ersichtlich. Die eingekammerten Zahlen sind die Ziffern vom vorigen Jahre und zeigen die Zu- bzw. Abnahme.

	Arbeitgeber:	Arbeiter:
Königsberg und Allenstein	101	102
Gumbinnen	26	28
Danzig	297 (216)	132 (145)
Mariewerder	204	47
Potsdam	869 (399)	73 (67)
Berlin	2670	192 (210)
Pommern	359	149
Posen	142	81
Breslau	1338	1192 656 (641)
Schlesien	320	158
Oppeln	1360	2441
Magdeburg	338 (335)	50 (52)
Halle	500 (493)	408 (439)
Merseburg	2	114
Sachsen	497	38
Schleswig	264	14
Hildesheim	283	40
Hannover-Stadt	180 (155)	51 (94)
Münster	1453 (1397)	402 (397)
Arnberg	334 (319)	110 (63)
Hassel	972 (943)	224 (192)
Wiesbaden	142	14
Koblenz	2256 (2129)	543 (96)
Düsseldorf	1300	215
Wien	190	51
Triest	414	196

Um ganz zutreffendes Bild zeigt die Tabelle nicht, da oft der Weg schriftlicher Anfrage oder telefonischer Rückfrage vorgezogen wird. Den schriftlichen Brief wählen sehr oft die Arbeiterorganisationen. Doch trägt die Verhältnis es mit sich, daß die Vertreter derselben immer mehr persönliche Beziehungen anzubahnen bestrebt sind. Die Gewerkschaftsvertreter empfinden vielfach ihren Mitgliedern unter Hinweis auf das Entgegenkommen der Gewerbeinspektion, sich mit ihren Anliegen direkt an diese zu wenden, da sie nicht zu befürchten brauchen, daß der Unternehmer dadurch den Namen des Beschwerdeführers erfahren könnte. Das Gewerkschaftsvertreter wirkt auch darauf hin, daß etwaige Beschwerden sachlich gehalten und lebertrauen unterbleiben (Bericht Wiesbaden). Andererseits wird auch geflagt, daß der Verkehr mit den Arbeiterorganisationen von geringen Fortschritt macht. Durch die Zeugenerklärungen bleibt den Arbeitgebern der eigentliche Ursprung von Maßnahmen nicht immer verborgen und es ist hieraus leider in Unternehmungskreisen ein ziemlich gereizte Stimmung gegen die christlichen Verbände entstanden (Bericht Köln). Durch Vermittlungen bei Streits sowie namentlich durch Vernehmung von Arbeiterversammlungen und durch Halten von Berträgen in denselben haben die Gewerbeaufsichtsbeamten wesentlich dazu beigetragen, das Vertrauen der Arbeiter zu den Gewerbeinspektoren zu wecken und zu stärken und die Verbindung mit den Arbeitern aufrecht zu erhalten. Innerhalb liegt man aus den Berichten deutlich heraus, daß noch manches zu tun übrig bleibt, um einen auf gegenseitiges Vertrauen gegründeten Verkehr und ein sich ergänzendes Arbeiten zu ermöglichen. Mehr soziales Verständnis und Empfinden seitens vieler Arbeitgeber würde mit dazu beitragen, daß sich die Arbeiter öfter der Gewerbeinspektion zuwenden, als es bisher der Fall ist, daß Mißverständnisse leichter beseitigt werden können und daß sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit weniger Mißtrauen begegnen.

Wandlungen auf dem Weltmarkt.

In der Zeitschrift für die gesamte Textilindustrie schreibt Dr. Kugl: Seit einigen Jahrzehnten ist das Wort „Weltmarkt“ wie alle Worte, die mit der kurzen und doch so inhaltreichen Silbe „Welt“ zusammengefasst sind, zu einem viel gebrauchten und viel beliebten Schlagwort geworden. In der Tagespresse, in den Parlamenten, in allen volkswirtschaftlichen Abhandlungen wird mit gutem Grunde auf Schritt und Tritt die Bedeutung der Weltmärkte auf dem Weltmarkt hervorgehoben: sie wird streng genommen sogar noch lange nicht genug betont, wenn man die Wichtigkeit in Rücksicht zieht, welche diesem schwebenden und trotz seiner Jugend schon zu größter Macht gelangtem Faktor des Handels zukommt. Es möchte nämlich auf den ersten Blick scheinen, als sei der Weltmarkt und der Weltverkehr ein Kind der modernen Verkehrsmittel, schon eine abgeschlossene und fertige Tatsache, ein Ding, mit dessen Umfang und Art man rechnen könne, wie mit einer feststehenden unveränderlichen Größe. Hiervon ist es notwendig, sich daran zu erinnern, daß diese Vorstellung von Grund aus eine irrige ist. Ebensovienig wie der Weltverkehr als eine neue und moderne Erscheinung aufgefaßt werden kann — reichen doch seine Anfänge bis in das ehmwärtige Alter der Phönizier zurück — ebensovienig darf man in irgend einem Augenblick den Gedanken fassen, daß die Entwicklung dieses Weltverkehrs auch nur einen vorläufigen Abschluß gefunden hätte. Im Gegenteil, wenn es irgend eine Sache gibt, die dem Wechsel und der Veränderung unterworfen ist, so ist es der Weltverkehr: von Monat zu Monat, ja von Woche zu Woche ändert sich seine Physiognomie, und der Staatsmann wie der Kaufmann, sie beide müssen mit der Tatsache rechnen, daß hier eine labile, äußerst bewegliche und veränderliche Erscheinung vorliegt, deren einzelne Phasen unablässig und mit der größten Sorgfalt beobachtet und verfolgt werden müssen. Nicht allein auf politischem Gebiete gilt der Satz, daß die Macht der einzelnen Staaten etwas Wechselvolles bedeutet, auch im wirtschaftlichen Leben lösen sich die Völker einander ab, auch hier entstehen und vergehen Großmächte, und ihr Dasein ist wie Gras. Es ist etwas Großes, wenn die wirtschaftliche Macht eines Handelsstaates sich mehrere Menschenalter hindurch behauptet, und eine solche andauernde Hegemonie kann nur erreicht werden, wenn sich Fleiß und Intelligenz des arbeitenden Volkes mit der weisen Umficht der Staatsmänner und Volkswirte vereinigen.

Der Weltmarkt, weit davon entfernt, den Höhepunkt seines Wachstums erreicht zu haben, hat in den letzten Jahren und sogar in den letzten Monaten eine außerordentliche Belebung und Steigerung erfahren. Eine Steigerung allerdings, die zugleich von einer merkwürdigen Verschiebung der Machtverhältnisse begleitet war. An der Spitze des Weltverkehrs stehen nach wie vor England, Deutschland und Amerika. Das Jahr 1905, das für fast alle Länder eine Steigerung der Außenhandelsziffern gebracht hat, ist auch für diese drei Hauptstaaten des Weltverkehrs ein sehr günstiges gewesen. Der Außenhandel umfaßt in Großbritannien und Deutschland ca. 4-5 Milliarden Dollar (ein Dollar gleich vier Mark), Amerika schließt sich mit fast 3 Milliarden Dollar an. In der Einfuhr rangiert England an der ersten Stelle, in der Ausfuhr steht Amerika voran. Es ist sehr interessant für diese drei Staaten, die Zahlen des Außenhandels für die Jahre 1904 und 1905 gegenüberzustellen.

	Einfuhr in Dollar	
	1904	1905
Deutschland	1548549 000	1637577 000
Vereinigte Staaten	1050259 000	1195470 000
Großbritannien	2339492 000	2372326 000
Ausfuhr in Dollar		
	1904	1905
Deutschland	1270799 000	1359077 000
Vereinigte Staaten	1445462 000	1621581 000
Großbritannien	2463410 000	1608057 000

Aber so beträchtliche Verschiedenheiten diese drei Weltmächte untereinander und innerhalb ihrer eigenen Entwicklung aufweisen, so gibt doch die Statistik über einige andere Staaten beinahe noch wichtigere Hinweise auf die Veränderungen, die sich am Weltmarkt abspielen. So hat sich im Laufe des vergangenen Jahres der Außenhandel Frankreichs um ein beträchtliches vermehrt. Die Einfuhr ist um ca. 30 Millionen Dollar, die Ausfuhr um fast 60 Millionen Dollar gestiegen. Italien hat seine Einfuhr um über 30 Millionen Dollar, seine Ausfuhr um mehr als 20 Millionen Dollar gesteigert. Ähnlich liegen die Verhältnisse in Belgien, in der Schweiz, in Spanien, wofür letzterer Staat insbesondere seine Einfuhr beträchtlich, nämlich um 28 Millionen Dollar erhöht hat. Das sind gewaltige Zahlen, und wo die Einfuhr in erheblichem Maße die Ausfuhr übersteigt, da geht man nicht fehl, wenn man annimmt, daß es sich um eine starke Vermehrung der Produktionsmittel handelt, jedoch die Mangelhaftigkeit vorhandener Präponderanz der Einfuhr sehr bald einer gesteigerten Ausfuhr Platz machen wird.

Diesen Schritt zu ziehen dürfte man ganz besonders bei Japan berechtigt sein. Die Ausfuhr dieser jüngsten Weltmacht ist in den Jahren 1904 und 1905 ungefähr die gleiche geblieben, die Einfuhr aber hat sich um nicht weniger als 58 Millionen Dollar gehoben. Diese Tatsache wiegt um so schwerer, als die Japaner bekanntlich keineswegs besondere Freunde der Einfuhr sind. „Japan den Japanern“, die Heberzeugung der Monroe-Doktrin gilt dem ostasiatischen Inselvolk als ein oberes Prinzip. Wenn man sich trotzdem eine so starke Forcierung der Einfuhr hat gefallen lassen, so ist das ein Beweis, daß man mit aller Macht an einer Kräftigung der inneren Produktionsfähigkeit arbeitet. Man sieht nicht allein Waren ein, sondern in der Hauptsache Maschinen, um selbst Waren zu erzeugen und auf den Weltmarkt zu bringen. Für unsere besonderen Interessen ist es von Wichtigkeit, darauf hinzuweisen, daß am Ende des Jahres 1905 in Japan 1330000 Baumwollspinnstühle in Betrieb waren, welche 905537 Ballen Garn erzeugten, d. h. um 210324 Ballen mehr als im Vorjahre. Die zuverlässig verkauften, hat eine der ersten Spinnereigesellschaften in Japan eine Halbjahresdividende von 10 Prozent verteilen können und daher eine Kapitalserhöhung um 1200000 Dollar zur Vergrößerung ihrer Fabriken beschlossen. Ebenso will eine andere Gesellschaft in Shanghai eine neue Spinnerei mit einem Kostenaufwand von anderthalb Millionen Dollar errichten. In der Baumwollweberei soll die Zahl der im Betriebe befindlichen Stühle um ca. 250000 gemachtes sein, was aber nichts besagen wird

im Vergleich zu den Projekten, welche im Gange sind und welche die Beförderung aufkommen lassen, daß Japan demnach als ein ganz gefährlicher Konkurrent in Baumwollzungen auf dem Weltmarkt erscheinen wird. Man bedenke, daß Japan, unbehindert durch irgendwelche sozialen Schutzvorschriften, Nacht-, Frauen- und Kinderarbeit in weitestem Umfange ausüben kann und mit Wöhnen zu rechnen hat, die mit europäischen Verhältnissen überhaupt nicht in Vergleich zu setzen sind. Der männliche erwachsene Arbeiter erhält für die 12-Stundenarbeit in der Baumwollspinnerei noch nicht Mt. 1.20, die Arbeiterin nicht ganz Mt. 0.90. Gewiß ist der japanische Arbeiter noch wenig leistungsfähig, aber ein Volk, das solche politische und künstlerische Qualitäten an den Tag gelegt hat, wie Japan, wird auch kaum lange Zeit gebrauchen, um einen tüchtigen Arbeiterstamm für die Industrie heranzuziehen. Eine japanische Gefahr scheint daher beinahe näher zu liegen, wie die so viel besprochene und gefürchtete Gefahr von Seiten Amerikas.

Es entspricht dem schnellen Wachstum des Weltverkehrs, daß der Gedanke des Schutzes sich in allen Industriezweigen von neuem zu befestigen beginnt. Abgesehen von agrarischen Interessen, kommt hier überall die Furcht zum Ausdruck, daß der übermächtige Weltverkehr des Auslandes die eigene Industrie zu Boden drückt. Das nächste Jahrzehnt wird die Frage zu lösen haben, wie mit der Notwendigkeit eines raschen steigenden Außenhandels der Schutz der einheimischen Industrie zu vereinigen ist. Die Schutzvoll, die Freihandel, das alte Problem, das man längst dadurch gelöst glaubte, daß man eine mildere, opportunistische Mischung einschlug, kehrt mit aller Schärfe zurück, und es wird nicht immer leicht sein, den richtigen Weg zu finden. Den besten, ja den einzigen Weg aus diesem Dilemma kann sich die Industrie selbst bahnen, wenn sie sich zu festen Zusammenschlüssen, zur Organisation in geeigneter Form entschließt. Wie sich die Verhältnisse auf dem Weltmarkt gestalten, wird immer diejenige Industrie den Vortrang behaupten, die in sich selbst gefestigt dasteht und über eine Organisation verfügt, die es erlaubt, gegebenenfalls dem ausländischen Wettbewerb mit vereinten Kräften zu begegnen! —

Koalitionsrecht.

Das Wort spielt in heutiger Zeit eine große Rolle. Viele Arbeiter und Arbeiterinnen sind sich über die Bedeutung desselben nicht ganz klar, wissen nicht, was es eigentlich besagen will. Man bezeichnet damit das Recht der Arbeiter — auch der Arbeiterinnen — beliebig zusammenzutreten, um Forderungen in bezug auf Lohn oder sonstige Arbeitsbedingungen aufzustellen und zur Durchführung zu bringen. Koalition heißt eben nichts als Zusammenschluß, Verbindung, Vereinigung. Das Koalitionsrecht oder die Koalitionsfreiheit wird durch den § 152 der Gewerbeordnung gewährleistet und zwar seit dem Jahre 1869. Bis zu diesem Zeitpunkt bestanden von 1731 an in Deutschland sog. Koalitionsverbote. Das Verbot galt für das ganze damalige deutsche Reich und richtete sich in erster Linie gegen die Vereinigung der Gezellen — eine Maschinenindustrie gab es damals in Deutschland so gut wie gar nicht, das Handwerk beherrschte noch das gewerbliche Leben.

Doch auch das heute bestehende gesetzliche Koalitionsrecht ist kein vollkommenes. Der § 153 schränkt den Gebrauch des Rechtes sehr ein. Dort heißt es, daß „mit Gefängnis bis zu 3 Monaten bestraft wird, wer andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, Ehrverletzung oder Verwundung bestimmt oder zu bestimmen sucht“, an Verhandlungen zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen teilzunehmen. Geht es stets zu verwerfen, wenn man durch ungerade Mittel, wie körperlichen Zwang, Drohungen, Beschimpfungen u. s. m. jemanden zu etwas zu bestimmen sucht. Daß das bestraft wird, kann nicht getadelt werden. Unser Strafgesetzbuch bestraft auch jeden, der einen anderen beleidigt, mißhandelt, verläumdert u. s. m. Aber worin hier in § 153 das Unrecht gegen die Arbeiter liegt, ist folgendes: Verbot über zwingt u. ein Arbeiter einen anderen Arbeiter, an einer Vereinigung oder sonst einem Gange zur Erlangung besserer Arbeitsbedingungen teilzunehmen, so wird er mit Gefängnis bestraft, nicht nur mit Geldstrafe, wie es in anderen Fällen geschieht. Dazu kommt, daß die Gerichte in solchen Fällen sehr schwer vorgehen. Besonders in Zeiten von Streiks soll man sich sehr hüten, Leute, die nicht mit streifen, die Gefahr zu beschimpfen, zu bedrohen oder bei anderen verächtlich zu machen. Die christliche Arbeitervereine aber muß mit der Zeit zu erreichen suchen, daß derartige Ausnahmemaße verschwinden. Dazu ist freilich nötig, Alles zu vermeiden, was Arbeiterfeinden Grund geben könnte, zu sagen: Wir müssen die Arbeiter unter scharfe Gesetze stellen, weil sie in ihrem Vorgehen der menschlichen Gerechtigkeit besonders gefährlich werden und weil sie durch die gewöhnlichen Gesetze nicht genügend im Zaum gehalten werden.

Kündigungsbefugigungen.

Das Arbeitsverhältnis zwischen gewerblichen Arbeitern und ihren Arbeitgebern kann, wenn nichts anderes vereinbart wurde, nach einer 14-tägigen Kündigungsfrist gelöst werden. Sind andere Bestimmungen über die Auflösung des Arbeitsverhältnisses getroffen, so müssen sie für beide Teile gleich sein. Der § 122 der Gewerbeordnung sagt diesbezüglich:

„Das Arbeitsverhältnis zwischen den Gesellen und Gehilfen und ihren Arbeitgebern kann, wenn nicht ein anderes vereinbart ist, durch eine jedem Teile freistehende, vierzehn Tage vorher erklärte Kündigung gelöst werden. Werden andere Kündigungsfristen vereinbart, so müssen sie für beide Teile gleich sein. Vereinbarungen, welche dieser Bestimmung zuwiderlaufen, sind nichtig.“

Ungültig würde demnach ein Arbeitsvertrag sein, wonach der Arbeitgeber den Arbeiter täglich oder nach einer 2-tägigen Kündigungsfrist entlassen könnte, wogegen der Arbeiter 14 Tage Kündigen müßte. Hier wären die Kündigungsbedingungen für beide Teile eben nicht gleich, sondern der Arbeitgeber wäre gegenüber dem Arbeiter im Vorteil.

Häufig wurde vor Gericht folgende Fall verhandelt: Ein Arbeitgeber hatte einen Schreiner unter der Bedingung angenommen, daß derselbe nach beendeter Lehrzeit noch zwei Jahre bei ihm als Schreiner arbeiten mußte. Das Gericht erklärte die

sen Vertrag für ungültig, weil zwar dem Gesellen, nicht aber auch dem Arbeitgeber für die zwei Jahre das Kündigungsrecht genommen war.

In den Kärntner Webervereinen besteht keine 14-tägige Kündigungsfrist für die Weber; nach dem Vollweben eines Stückes können sie das Arbeitsverhältnis lösen. Würde nun ein Arbeitgeber vom Arbeiter verlangen, daß derselbe vor seinem Austritt das Stück vollweben müßte, er selbst aber „mitten im Stück“ den Arbeiter entlassen wollte, so wäre ein solches Handeln des Arbeitgebers ungefährlich, weil es eine Erschwerung der Kündigungsbedingungen für den Arbeiter bedeutete.

Sind die Bestimmungen über die Kündigung ungleich und daher ungefährlich, so wird dadurch nicht der ganze Arbeitsvertrag nichtig, sondern nur soweit, als sich derselbe auf die Kündigung bezieht.

Wie ist nun ein Arbeitsverhältnis zu lösen, bei welchem die Kündigungsfrist ausdrücklich ausgeschlossen war? Kann dasselbe zu jeder Tagesstunde, also auch mitten im Tage gelöst werden? In der Regel nicht, d. h. wenn nicht ganz besondere Umstände die augenblickliche Auflösung des Arbeitsverhältnisses veranlassen. Das augenblickliche „Hinwerfen der Brocken“ seitens des Arbeiters oder die willkürliche Entlassung seitens des Arbeitgebers widerspricht der Regel, daß Verträge so ausgelegt werden sollen, wie es Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrssitte erfordern. Ein Arbeitsvertrag gilt als die kleinste Einheit im Arbeitsvertrag und daraus folgt, daß die Absicht, das Arbeitsverhältnis aufzulösen, dem anderen Teile am Tage oder Abend vorher mitgeteilt werden muß.

In Danzig wurden Maurergezellen Montag früh, als sie die Arbeit antreten wollten, entlassen. Die Entlassenen hatten sich auch bereits für den Tag eine Eisenbahnfahrkarte gelöst, weil sie zur Erreichung der Arbeitsstelle die Bahn benutzen mußten. Nun verklagten die Entlassenen ihren Arbeitgeber auf Ertrag der Kosten für die Eisenbahnfahrt und für den Lohn eines Tages. Das Schiedsgericht der Bauvereinigung in Danzig hat, wie das „O. u. St.-G.“ berichtet, zu Gunsten der Arbeiter entschieden. Ins Gewicht fiel bei der Urteilsbegründung, daß der Arbeitgeber den Arbeitern keine Absicht, sie am folgenden Montag nicht mehr zu beschäftigen, am vorhergehenden Samstagabend hätte mitteilen können. Durch die Unterlassung dieser Mitteilung habe der Arbeitgeber den Arbeitern Schäden zugefügt, indem diese das Geld für die Fahrkarte auslegten und sich nicht gleich um neue Arbeit umsehen konnten. Dieses Verhalten des Arbeitgebers verstieß nach Ansicht des Gerichts gegen die guten Sitten.

Aus unserer Industrie.

Kartelle der deutschen Textilindustrie im Jahre 1905.

In Geschäftsberichten des Vereines der deutschen Textilverarbeitungsindustrie für das Jahr 1905 wird ausgeführt: Zu der allgemeinen Entwicklung der von uns vertretenen Industrien ist zu bemerken, daß das Jahr 1905 in bezug auf Beschäftigung für die meisten Industriezweige einen guten Fortschritt darstellt, hingegen wird in all denjenigen Ausstattungsindustrien, die noch nicht unter den Schutz von Preisvereinbarungen gelangt sind, über schlechte Preise und Zahlungsbedingungen und im Zusammenhang hiermit über teilweise sehr schlechte Rentabilität geklagt. Um so mehr ist der im vorjährigen Geschäftsbericht vorausgesagte weitere Fortschritt der Kartellentwicklung im abgelaufenen Geschäftsjahr mit Freude zu begrüßen. Die Ueberzeugung bricht sich allmählich mehr und mehr auch in der deutschen Textilverarbeitungsindustrie Bahn, daß nur im Wege energischer Zusammenschlusses gesunde Verhältnisse zu erzielen sind, und um so mehr, als gerade in weiten Kreisen der Lohnausstattungsindustrie die sachlichen Voraussetzungen für die Kartellierung sowohl vom Standpunkt der Ausstattungsindustriellen, gleichwie auch der Spinner und Weber günstig liegen. Im Jahre 1905 sind an Textilkartellen begründet, bzw. erneuert worden: 1. Konditionskartelle zur Festsetzung der Zahlungs- und sonstigen Verkaufsbedingungen ohne gemeinsame Preisliste; 2. Verband deutscher Seiden- und Schirmstoffhersteller (bis Mitte 1902 bestand bereits eine solche Vereinigung in Kreisel); 3. Verband deutscher Wollwebereien; 4. Verband sächsisch-thüringischer und sächsischer Wollweber; 5. Verband deutscher Kammgarn-Kuntjinner; 6. Verband deutscher und schweizerischer Seidenstofffabrikanten und 7. Verband deutscher Tuchfabrikanten (Ende des Jahres noch nicht fertig abgeschlossen). II. Preisvereinbarungen: 1. Allgemeine deutsche Preisvereinbarung (auf drei Jahre neu abgeschlossen); 2. Verband deutscher Füllfabrikanten (Ende 1905 auf sechs Jahre neu begründet, und zwar gegenüber dem alten losen Preisverband als Preis- und Produktionskartell); 3. Verband der Lohnindustrie der Kreise H.-Stadbach und W.-Scholt (nach zweijähriger Auflösung wieder erneuert); 4. Verband deutscher Füllfabrikanten. Soweit sich nach den vorliegenden Quellen urteilen läßt, sind zur Zeit von den Vereinsindustrien die Seiden- und Wollwebereien (mit Ausnahme der Seidenstoffhersteller), die rheinisch-westfälische Lohnausstattungsindustrie für Baumwolldruck, die Baumwoll- und Halbwebereien, die sächsischen Tuchfabriken und endlich die sächsischen Färbereien am vollkommensten kartelliert. Seit Jahren vergeblich angestrebt wird der Anschluß auch der rechtsrheinischen Färbereien an die linksrheinische Färbereikonvention zu Kreisel, vor allem aber auch ein Kartell der Baumwollwebereikonvention. Bei dieser Industrie scheint infolge der großen Zahl der in Frage kommenden Betriebe die Hoffnung auf Schaffung einer Preisvereinbarung allerdings eine sehr geringe zu sein. Zur Zeit wird an der Weiterentwicklung des Kartellschutzes für unsere Industrie mit allgemeinem Nachdruck gearbeitet, jedoch wir hoffen, daß im nächsten Jahres Geschäftsbericht wiederum bereits einen erheblichen Fortschritt melden können.

Von den Aktiengesellschaften in der Textilindustrie.

Die Sanierung der Erbschafts-Gesetzog Aktiengesellschaft in Logesbach (Elsäß). Die Erbschafts-Gesetzog geriet im Dezember 1905 infolge unglücklicher Spekulationen in finanzielle Schwierigkeiten. Das Unternehmen ist nunmehr einer Reorganisation unterzogen worden. Die Sanierung wurde in der Weise durchgeführt, daß das Aktienkapital von 4794000 Mk. auf 2500000 Mk. durch Eingehung

von Aktien herabgesetzt worden ist. An die Aktionäre ist je ein Genuschein pro 8000 Mk. nominalwert ausgegeben worden, an die Gläubiger, die auf einen Teil ihrer Forderungen zugunsten der Gesellschaft verzichtet haben, je ein Genuschein pro 1000 Mk. nominalwert des Verzichtes. Die Genuscheine nehmen mit 26 Prozent an dem Ausschüttung von 4 Prozent Dividende an die Aktionäre verbleibenden Reingewinn teil. Die Amortisation der Genuscheine durch Rücklauf zum Preise von 1000 Mk. ist zulässig.

Aktiengesellschaft Filzfabrik zu Fulda.

Die Jahresrechnung für 1905 ergibt nach 18669 Mk. (19291 Mk.) Abschreibungen auf Grundstücke und Maschinen und unter Berücksichtigung von 34100 Mk. Gewinnvortrag aus 1904 einen Reingewinn von 22895 Mk. (27086 Mk.), der auf neue Rechnung vorgetragen wird. Es ergibt sich also für 1905 ein Vertriebsverlust von 1205 Mk. Im Vorjahre wurde ebenfalls eine Dividende nicht verteilt, sondern nach Auszahlung der Rücklage II mit 30000 Mk., nach 34100 Mk. vorgetragen. Bei einem Grundkapital von 1500000 Mk. erzielten die Grundstücke mit 271030 Mk. (273049 Mk.) und die Maschinen mit 294310 Mk. (264831 Mk.). Die Bestände, Rohstoffe und Waren wurden mit 458920 Mk. (437873 Mk.) bewertet. In Wertpapieren waren 179413 Mk. (231317 Mk.) vorhanden. Während bei Schulden 468631 Mk. (470328 Mk.) aufstanden, hatten Gläubiger 27807 Mk. (14940 Mk.) zu fordern.

Lehnbewegungen und Arbeitsfreistellungen.

Cuppen.

Die Appreturarbeiter der vier Hauptbetriebe sind in eine Lehnbewegung eingetreten. Die von den betreffenden Arbeitern gewählte Kommission hatte für Dienstag, den 24. Juli eine Appreturarbeiter-Vereinbarung einberufen, welche von allen Kollegen besucht war. Nachdem die von der Kommission gemachten Vorschläge von der Vereinigung einstimmig angenommen, wurde beschlossen, die Wünsche der Arbeiter den Arbeitgebern am 27. Juli schriftlich durch die Ausschüsse zu unterbreiten. Die Lage der hiesigen Appreturarbeiter ist keine rosig, da von etwa ca. 120 in betracht kommenden Arbeitern etwa 70 einen Lohn von 14 Mk. und weniger pro Woche verdienen. Der Höchstlohn, welcher von nur wenigen Arbeitern erreicht wird, beträgt 17-18 Mk. Daß es mit solchen Löhnen um die Lebensweise dieser Arbeiter und deren Familien schlecht bestellt ist, wird von jedem sozial denkenden Menschen zugestanden werden müssen, besonders wenn man die hohen Lebensmittelpreise unseres westlichen Grenzgebietes in betracht zieht.

Die Arbeiter fordern eine 15prozentige Lohn-erhöhung, bessere Bezahlung der Ueberstunden und doppelten Lohn für solche Arbeiten, die an Sonn- und Feiertagen, sowie an solchen Tagen verrichtet werden müssen, an welchen auf Grund der bestehenden Arbeitsordnung der Betrieb ruht. Hoffentlich werden die bescheidenen Forderungen von Seiten der Arbeiter anerkannt. Die übergroße Mehrzahl der Arbeiter sind langjährige Mitglieder unseres Verbandes.

Lambrecht.

Der Streik der hiesigen Tuchweber nimmt bis jetzt einen normalen Verlauf. Das Verhalten der Streikenden ist durchaus ruhig und musikalisch und trägt dazu bei, uns die Sympathie der Lambrechter Bürgererschaft zu erwerben und zu erhalten. Nur einzelne Geschäftsteile, denen jedes Verständnis für die traurige Lage der Arbeiter abgeht, machen eine Ausnahme. Diese Leute, welche immer bei der Hand sind, mit den Lebensmitteln und Waren aufzuschlagen und die Mietpreise für die Wohnungen zu steigern, ziehen über die Arbeiterseits in nicht wiederzugebender Weise los, wenn diese infolge ihrer traurigen Lage nicht instande ist, die Preissteigerung aufzubringen. Streifenarbeiter sind das aber nur Ausnahmen. Die Forderung der Arbeiter, 10% Lohn-erhöhung, findet bei allen rechtlich denkenden Leuten ungeteilten Beifall. Ist doch diese 10-prozentige Lohn-erhöhung, selbst wenn sie anstandslos bewilligt worden wäre, nur ein dürftiger Ausgleich für die rapid gestiegenen Wohnungsmieten, die 30-35% beträgt und die Erhöhung der Lebensmittelpreise. Die Forderung der Streikenden ist gerecht und keineswegs Machinationen werden die Arbeiterseits davon abbringen. Die Arbeitsruhe ist fast vollständig. Bis jetzt emsiges Surren und Schurren der Maschinen ertönt, hört man jetzt nur das Klappern eines ganz vereinzelt besetzten Webstuhles — von Meisterhand bedient. Die Arbeiter verstehen die nicht gerade angenehme Aufgabe des Streikpostenstehens ganz forrest, und mit Begeisterung zum täglichen Appell erscheinen sie. Eine Firma erklärte sich bereit, in neue Unterhandlungen zu treten. Diesem Wunsch sind wir bereitwillig nachgegeben. Das Resultat steht noch aus. Nach wie vor ist die Arbeiterseits bereit, die Arbeit wieder aufzunehmen, wenn ihre gewöhnlichen Forderungen erfüllt werden. Je eher dieses geschieht, je eher wird die Lambrecht schädigende Krise behoben werden. In der vor. Nr. unseres Organs ist irrtümlich enthalten, daß die Arbeiter im Dezember vor. Jahres die Einführung von Schutzmaßnahmen verlangt hätten. Dies ist aber nicht der Fall, die Fabrikanten haben dies beantragt. Man ist seitens der Arbeiterseits unter dem Vorbehalt einer späteren Revision des erzielten Resultates darauf eingegangen. Das Resultat war eine Schätzung des Verdienstes und hieraus entstand unsere Forderung und die jetzigen Differenzen. Dies zur Wichtigkeit. Leider ist zu verzeichnen, daß auch die hiesigen Zeitungen über unsere Angelegenheiten nicht immer objektiv berichten, so die neue „Bürgerzeitung“. Die „Salpo“, welche eine derartige Notiz des Bürgerseits entnommen hat, stellte uns aber bereitwillig ihre Spalten zur vollen Verächtigung zur Verfügung. Bei der guten Stimmung der Arbeiter in anbeacht der Sachlage sieht zu erwarten, daß unsere gerechte Sache siegen wird.

Rheine.

Bei der Firma Reichenberg u. Schem traten im April d. J. die Arbeiter an die Firma heran, dem Beschlusstext nach eine entsprechende Lohn-erhöhung zu bewilligen. Die Firma versprach, vom 1. Juli d. J. an dieses zuzugestehen, wenn bei anderen Firmen ebenfalls der Beschlusstext eingeführt würde. Der Beschlusstext kam, aber nur eine 7prozentige Lohn-erhöhung auf Artikel, die selten verwehrt werden; auf andere Waren wurden nur 2-3% zugelegt. Die Arbeiter konnten sich hiermit nicht einverstanden erklären und legten nach erfolgter Kündigung aus

19. Jult die Arbeit nieder. Die Kollegen waren organisiert zur Hälfte in unterm und zur Hälfte im freien Verband. Verhandlungen, die von den Verbandsvertretern nachgesucht wurden, führten zu keinem Ergebnis, da die Firma erklärte, Verbandsbeamte als Vertreter ihrer Arbeiter nicht anerkennen zu können. Der Arbeiterausschuß konnte jedoch jederzeit zur Verhandlung kommen. Auch ein Verhandeln mit diesem brachte für die Arbeiterschaft keine befriedigenden Resultate. Die Arbeitgeber erklärten, daß ihre Bewilligung eine 8-prozentige Lohnerhöhung sei, die Arbeiter konnten dagegen nicht mehr wie 5-6% herausrechnen. Deshalb machten letztere den Vorschlag, den Lohn nach dem alten Satz zu zahlen, auf jede verdiente Mark aber 8 Pf. Zuschlag zu geben, dann könne sie hiermit ja einverstanden sein. Aber auch dieses wurde abgelehnt, so daß von beiden Verbänden zu einem längeren Kampfe gerufen wurde. Da griff am vierten Tage des Streiks Herr Bürgermeister Schmittmeier mit ein, dem es gelungen ist, für die Arbeiter mehrere Erfolge zu erzielen. Man schloß mit der Firma folgenden Vertrag:

1. Der Arbeiterausschuß wird voll und ganz anerkannt;
 2. Die alten Affordräge bleiben bestehen, doch wird zu dem verdienten Lohn ein Zuschlag von 8% gewährt für sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen;
 3. Warten auf Karten wird von der vierten Stunde an mit 10 Pf. pro Stunde vergütet;
 4. Es wird eine Lohnliste ausgehängt unter genauer Angabe der Stücklänge;
 5. Maßregelungen aus Anlaß dieser Bewegung finden nicht statt;
 6. Die zehntägige Arbeitszeit bleibt bestehen.
- Außerdem verspricht die Firma die Abschaffung einiger Mißstände, die nicht mit dem Vertrag vereinbar sind. Die Rheinischer Arbeiterschaft kann stolz sein auf das Errungene. Ist es doch ein bedeutender Erfolg, der nur durch gewerkschaftlichen Zusammenschluß erzielt werden konnte. Und wird dies bei der Rheinischer Ortsgruppe des christlichen Textilarbeiterverbandes eine Kräftigung und Belebung nach innen und nach außen bewirken. Dem Herrn Bürgermeister gebührt für sein erfolgreiches Eingreifen unsere volle Anerkennung.

Aus dem Verbandsgebiete.

Engelskirchen. Auch unsere zweite öffentliche Versammlung war außerordentlich zahlreich besucht. Es freut uns, daß die Arbeiterinnen sich so zahlreich an unsere Organisation anschließen und auch bereit sind, in den Versammlungen zu erscheinen. Da bisher noch kein Vorstand vorhanden, so leitete Kollege Döpfer von den Bergarbeitern die Versammlung. Kollege Schöppel aus Düsseldorf referierte über die Notwendigkeit und Bedeutung der Organisation. Redner betonte, daß die Berufsleute sich allererst zusammenschließen müßten, auch, aber gerade in jenen Orten, welche wie Engelskirchen und andere im Aggertale, abseits der großen Industriezentren liegen. Ferner legte Redner den Anwesenden die Wichtigkeit und Notwendigkeit der Wahl eines guten Vorstandes dar. Wie der Vorstand und die Vertrauensleute arbeiten in gewerkschaftlicher Hinsicht, so spiegelt es sich bei den Mitgliedern wieder. Ein guter arbeitstreibender Vorstand bringe Blüten und Gedeihen der Ortsgruppe zum Wohle der Mitglieder zustande, während umgekehrt dort, wo der Vorstand nicht seine Pflicht tue, der Verfall der gewerkschaftlichen Tätigkeit unabwehrbar sei. Nach diesem vielfältig ausgenommenen Referate wurden die Vorstandswahlen einstimmig gewählt. Auch die Vertrauensleute wurden gewählt. Es meldeten sich freiwillig eine so schöne Zahl, besonders Arbeiterinnen, für diesen Posten, daß die Einführung der Bezirke so gemacht werden kann, daß keiner zu viele Arbeit hat. Auch erfolgten wieder eine Reihe Neuanmeldungen und hat unsere Mitgliederzahl das zweite Hundert schon überschritten. Als Beispiel von Engelskirchen auch auf die anderen Orte des Aggertales, wo Textildruckerei in ausgedehnter Weise betrieben wird, wurden schon in dieser Versammlung gemacht, so daß Aussicht vorhanden ist, daß der christliche Textilarbeiterverband hier alle Berufsstände umschließt.

Embsbetten. Einen schwachen Besuch hatten wir in unserer Mitgliederversammlung am 22. Juli zu verzeichnen. Nach dem Kassenbericht des Kassierers sprach unser Vorsitzender in ausführlicher Weise über die Delegiertenwahl zur Generalversammlung. Ueber die Anstellung eines Lokalbeamten entspann sich eine lebhafte Debatte. Man war allgemein der Ansicht, daß es in anbetracht der Verhältnisse notwendig sei, für die Ortsgruppen des nördlichen Münsterlandes eine weitere Kraft freizustellen. Eine vorgeschlagene Umänderung über diesen Punkt ergab als Resultat, daß sich fünf sämtliche Mitglieder dafür erklärten und bereit sind, einen Lokalbeamten hierzu zu wählen. Kollege Hellbrocker sprach jedoch noch in recht interessanten Ausführungen über die verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen, die sehr beifällig aufgenommen wurden. Nachdem noch einige wichtige Ortsgruppenangelegenheiten erledigt waren, schloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung.

Capen. Wir müssen nochmals unsere Mitglieder dringend ermahnen, ihre Mitgliedsbücher in Ordnung zu halten, da ihnen gegebenen Falles Strafgeld, Strafgebühren oder sonstige Unterstützungen nicht ausbezahlt werden können. Die Karten sollen sofort und zwar an den richtigen Platz eingeleitet werden.

Nordhorn. Die Mitgliederversammlung vom 16. Juli war ziemlich gut besucht, es fehlten nur wenige Kollegen, welche fast nie zur Versammlung kommen. Diese wollen wir hier einmal auf ihre Pflichten dem Verbands gegenüber aufmerksam machen. Es ist nicht genug, sich die Zeitung ins Haus bringen zu lassen und den Wochenbeitrag zu zahlen. Unsere gegenwärtige Zeit erfordert nämlich, ganze Kräfte, wir wollen nicht den Wochenbeitrag zahlen, wir wollen die Mitglieder selber. Es ist nicht kollegial, die ganze Arbeit dem Vorstande und einigen wenigen Kollegen allein zu überlassen. Die Mitglieder müssen sich nicht von kleinlicher Selbstsucht leiten lassen, sondern sich betätigen als richtige christliche Gewerkschafter. Wenn ein jeder Kollege unserer Ortsgruppe seine Schulpflicht tut, dann werden wir auch hier weiter kommen. Dann werden auch die Bürger besser wie bisher achten und, was die Gewerkschaft ist, dann werden auch die Arbeitgeber mit Achtung entgegenkommen. Deshalb zum Schluß: Gutes mit der Sanftmut und Geduldigkeit, was wir in allem unsere Pflicht!

Schleibahn. Am Sonntag, den 22. Juli, morgens 10 1/2 Uhr, fand die zweite Quartalsversammlung unserer Ortsgruppe statt. Bei Eröffnung derselben sprach der Vorsitzende den zahlreich erschienenen Kollegen seinen Dank aus, tadelt aber auch zugleich, daß wieder die Kolleginnen es seien, welche durch Abwesenheit glänzten. Nach Verlesung des Protokollbes der letzten Versammlung erstattete der Kassierer den Kassenbericht, worauf derselben Entlastung erteilt wurde. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, Bericht über die stattgefundene Delegiertenwahl, erklärte der Vorsitzende den Hergang der Wahl und machte gleichzeitig das Resultat derselben bekannt. Alsdann kam derselbe dem Wunsch eines Kollegen nach, welcher in der vorigen Versammlung den Wunsch äußerte, bei jeder Versammlung diejenigen Verlesungen zu lassen, welche aus dem Verbandsgebiet kommen. Dann wurde von einem Kollegen der Antrag gestellt, daß einmal seitens der Ortsgruppe ein Ausflug stattfinden möchte. Vom Ortsgruppen-Vorstand wurde darauf hingewiesen, daß mit dem Williger Vorstande beschloffen sei, für die beiden Ortsgruppen eine öffentliche Versammlung abzuhalten. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, die Versammlung in Willigh in 26. August und am 16. September einen gemeinschaftlichen Ausflug nach Neumark zu machen. Hierzu sollen die Ortsgruppen Betrachter und M.-Glabbach-Eiden eingeladen werden. Zur Generalversammlung wurde ein Antrag eingebracht, welcher mit Stimmenermehrung angenommen wurde. Der Vorstand wird denselben an den Zentralvorstand einreichen. Unter dem Mahnmotiv, die Versammlungen immer fleißig zu besuchen, schloß der Vorsitzende die Versammlung gegen 1 Uhr.

Stieghorst. Der Vorstand der hiesigen Ortsgruppe hatte auf den 17. Juli eine Versammlung einberufen, welche gut besucht war. Nach Eröffnung derselben durch den Vorsitzenden verlas der Kassierer den Kassenbericht. Da Kasse und Bücher in Ordnung gefunden waren, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Sodann erhielt Gewerkschaftssekretär Wallbaum-Vielefeld das Wort zu einem Vortrag über „Jugend und Augen der Organisation und über die Agitation im allgemeinen“. Redner führte die Kinder- und Frauenarbeit an, er schilderte das Anmachen der Gewerkschaften und empfahl eine rege Hausagitation, sowie Verflait- und Hausbesprechungen. Nachdem noch einige kleinere Sachen erledigt waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Waffenberg. In der am 11. Juli tagenden Generalversammlung, welche gut besucht war, wurde entschieden gegen die Einführung der Staffelleistungsprotokolle. Es wurde seitens der Mitglieder lebhaft geflaggt, daß alljährlich Änderungen im Statut vorgenommen werden sollen. Sie meinten, es wäre doch einmal gut, warum jetzt wieder solche große Unkosten, denn zuviel sei zuviel, wenn es einmal gut sei, solle man es auch gut lassen. Die Versammlung sprach den Wunsch aus, daß die am 9. Sept. stattfindende Generalversammlung hauptsächlich dafür sorgen möge, Mittel und Wege zu schaffen, damit die Agitation besser betrieben würde und beizulegen dieserhalb auch einen Antrag an die Generalversammlung zu stellen. Sodann wurden noch verschiedene Verhältnisse des hiesigen Betriebes besprochen. Darauf fand die schon verlaufene Versammlung ihr Ende.

An unsere Mitglieder! Es ist jetzt an der Zeit, rüchig zu agitieren und nicht zu ruhen, bis alle Mann für Mann, sich der Gewerkschaft angegeschlossen haben. Nicht dem Vorstande alles überlassen, denn ihr seid gerade so gut Gewerkschafter wie dieser auch. **Zell i. W.** Am 28. Juli hielt unsere Ortsgruppe eine Mitgliederversammlung ab, die trotz Belästigung im Lokalblat, im Versammlungskalender und durch die Vertrauensmänner, sehr lebhaft besucht war. Kollege Huber erstattete den Kassenbericht für das zweite Quartal. Bezirksvorsitzender, Kollege Kammerer erhielt hierauf das Wort. Mit den über unsere Organisation in letzter Zeit im Umlauf getriebenen böswilligen Anschuldigungen bejaufte sich Redner insbesondere. In der Diskussion zeigte es sich so recht, mit welchen ungeheuren Verleumdungen man im Westen gegen die christlichen Gewerkschaften zu Felde zieht. Diese Versammlung brachte gute Aufklärung und können wir nur allen Mitgliedern dringend raten, wenn sie über etwas unklar sind, besucht fleißig die Versammlungen, dort werdet ihr über den wahren Sachverhalt stets unterrichtet.

NB. Wir ermahnen die Mitglieder, die Gewerkschaftsbüchlein mehr wie bisher zu benutzen. Die Bücher können jeden Sonntag von 11-1 Uhr bei Bollmer, Schömannstr. 26, abgeholt werden.

Gewerkschaftliche u. soziale Rundschau.

Die christlichen Gewerkschaften im Bericht der königlich württembergischen Gewerbe-Inspektion im Jahre 1905.

Der Bericht konstatiert gleich einzugangs zwei auch für die Arbeiterschaft bemerkenswerte Ergebnisse, erstens die Schaffung einer weiteren württembergischen (bislang waren es nur drei) und die Zusammenfassung einer zum Einmaligen Besonderen zu berufenden christlichen Gewerkschaft. Durch diese Maßnahmen wird eine unangenehme, eingehende Verantwortlichkeit gemindert, während durch letztere die Gewerbe-Inspektion einen erheblichen weiteren Nutzen für ihre auf den Arbeiterschaft gerichteten Bemühungen gewonnen haben. Von den 3115 Fabrikanten mit 155 230 Arbeitern wurden revidiert 6793 = 74,5% mit 165 722 Arbeitern = 85,3%. Ueber das Verhältnis der Frauen zu den Arbeitern sprach sich die Gewerbeinspektion nur kurz und ist über die Arbeiterinnen-Arbeitstätigkeit in der Textilindustrie nur wenig zu sagen. Die württembergischen Gewerkschaften, freie, christliche, kirchliche und die katholischen und evangelischen Arbeitervereine haben dabei Berücksichtigung. Ueber die christlichen Gewerkschaften finden wir u. a. folgende Mitteilungen: Den jüngsten Fund der Gewerkschaften bilden die christlichen Gewerkschaften, welche ein Betriebsgebiet haben, in dem die Arbeiter in der Regel in der Textilindustrie beschäftigt sind. Sie sind bezugsnehmend aus dem württembergischen Arbeiterverbande. Es wurde erkannt, daß die württembergischen Gewerkschaften zur württembergischen Gewerkschaften in der Textilindustrie der Arbeiter nicht angeschlossen, daß hierzu vielmehr eine Verbindung der Arbeiter in berufliche Verbände notwendig ist. Da sie sich den schon vorhandenen, unter Aufsicht der Gewerbeinspektion stehenden Gewerkschaften nicht anschließen wollen, so gründeten sie im Jahre 1891 eine auf christlicher Grundlage beruhende gewerkschaftliche Richtung. — Das Berichtsjahr war für die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften in Württemberg günstig, obwohl hinsichtlich des sozialdemokratischen Seite noch kein bekannter und kein evangelischer Seite nicht unterrichtet werden. Die Zahl der christlichen Gewerkschaften hat sich erheblich vermehrt; es sind jetzt 47 Gewerkschaften vorhanden. Die Mitgliederzahl beläuft sich auf ca. 2100 gegenüber 1000 im Vorjahr. Die Beiträge wurden durchwegs erhöht, so daß der Wochenbeitrag an dem meisten Orten jetzt 30-50 Pf. beträgt. Gegenüber der Zahl der freien Gewerkschaften, die nach dem Bericht in 375 württembergischen Fachvereinen 37 444 Mitglieder zählen, ist die Zahl der „christlichen“ Gewerkschaften in Württemberg allerdings noch verhältnismäßig klein. Die konfessionellen Arbeiter- und Gesellenorganisationen haben in dieser Richtung noch viel nachzuholen. Die evangelischen Arbeitervereine zählen in 55 Vereinen 4550 Mitglieder, die katholischen in 105 Vereinen 14 152 Mitglieder. Was allein sind schon nahezu 19 000 Mitglieder; daneben sind aber noch in den konfessionellen Gesellen- und Jünglingsvereinen, über die der Bericht Angaben nicht enthält, eine große Anzahl organisationsfähiger Arbeiter vorhanden! Und dem gegenüber nur ca. 2100 christliche Gewerkschaftler!!! In all diesen konfessionellen Organisationen muß deshalb noch vielmehr, als bisher der Fall war, eine planmäßige, tatkräftige Förderung und Unterstützung der christlichen Gewerkschaften Platz greifen. Jedes Verstummen in dieser Richtung ist eine indirekte, unverantwortliche Förderung der sozialdemokratischen Gewerkschaften! Möchte man das doch endlich überall einsehen und bemehrsprechend arbeiten, ehe es zu spät ist! Auch in Württemberg ist gewerkschaftliche Arbeit sehr notwendig. Denn das Land nach dem Bericht von großen wirtschaftlichen Kämpfen auch verschont geblieben ist, so haben sich doch an vielen Orten und in vielen Industriezweigen Lohnveränderungen geltend gemacht. Streiks kamen im Ganzen 24 in 236 Betrieben vor; einen vollen Erfolg hatten 12, einen teilweisen 13, keinen 8 Streiks. Sodann darf durchaus nicht übersehen werden, daß auch in Württemberg die Arbeitseverorganisationen sich immer frammer organisieren! Ueber deren Wirkung läßt sich der Bericht folgenmaßen aus: „Sie sind mächtig durch Kapital und die Einheit des Willens im Kampf; gewiß haben auch sie ihre Schwächen, aber diese werden in kürzerer Zeit überwunden, als bei den Arbeiterorganisationen.“

Emeritisch in vielen Industriezweigen noch sehr der Verbesserung bedürftige Arbeitsbedingungen, andererseits immer stärker werdende Arbeitgeberorganisationen, das muß jedem denkenden Arbeiter die Augen öffnen über die Notwendigkeit der Anteilnahme an gewerkschaftlichen Bestrebungen. Unsere Freunde und Kollegen in Württemberg aber bitten wir, den Jahresbericht der königlich württembergischen Gewerbe-Inspektion, über den wir Raum mangels halber nur äußerst knapp berichten konnten, zum Gegenstand eingehenden Studiums zu machen. Der Bericht bietet eine reiche Fülle belehrenden Stoffes auf dem Gebiete des Arbeiterbundes und der damit zusammenhängenden Bestrebungen. Der Inhalt des Berichtes muß durch Vorträge in den einzelnen Fabrikstellen unseren Gewerkschaftlern bekannt gegeben und jeweils daraus die den betreffenden beruflichen und lokalen Verhältnissen entsprechenden Anwendung gegeben werden. Man kann der königlich württembergischen Gewerbeinspektion nur dankbar sein, daß sie sich so ausführlich auch über die Arbeitgeberorganisationen ausgesprochen hat. Unsere Kollegen und Freunde in Württemberg mögen daraus ersehen, welche Bedeutung heutzutage den Arbeiterorganisationen zukommt und dementsprechend mit allen Kräften weiterarbeiten in der christlichen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Unser Ziel muß sein, auch den letzten christlichen Arbeiter für unsere deutsche Gewerkschaftsbewegung zu gewinnen!

Emeritisch in vielen Industriezweigen noch sehr der Verbesserung bedürftige Arbeitsbedingungen, andererseits immer stärker werdende Arbeitgeberorganisationen, das muß jedem denkenden Arbeiter die Augen öffnen über die Notwendigkeit der Anteilnahme an gewerkschaftlichen Bestrebungen. Unsere Freunde und Kollegen in Württemberg aber bitten wir, den Jahresbericht der königlich württembergischen Gewerbe-Inspektion, über den wir Raum mangels halber nur äußerst knapp berichten konnten, zum Gegenstand eingehenden Studiums zu machen. Der Bericht bietet eine reiche Fülle belehrenden Stoffes auf dem Gebiete des Arbeiterbundes und der damit zusammenhängenden Bestrebungen. Der Inhalt des Berichtes muß durch Vorträge in den einzelnen Fabrikstellen unseren Gewerkschaftlern bekannt gegeben und jeweils daraus die den betreffenden beruflichen und lokalen Verhältnissen entsprechenden Anwendung gegeben werden. Man kann der königlich württembergischen Gewerbeinspektion nur dankbar sein, daß sie sich so ausführlich auch über die Arbeitgeberorganisationen ausgesprochen hat. Unsere Kollegen und Freunde in Württemberg mögen daraus ersehen, welche Bedeutung heutzutage den Arbeiterorganisationen zukommt und dementsprechend mit allen Kräften weiterarbeiten in der christlichen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Unser Ziel muß sein, auch den letzten christlichen Arbeiter für unsere deutsche Gewerkschaftsbewegung zu gewinnen!

Versammlungskalender.

- Amerst. St. Georg. 5. Aug., 5 Uhr, bei Jos. Kamper, Generalversammlung.
- Böckholt. 12. Aug. 11 1/2 Uhr, bei Franz Jansing.
- Birken i. S. 12. Aug., 11 Uhr, Bücherwechsel, 11 1/2 Uhr, Versammlung.
- Gottf. 4. Aug., 8 Uhr, im Gesellschaftshaus Döring.
- Sülfen. 5. August, 11 Uhr, bei Kante.
- Embsbetten. 12. Aug., 5 1/2 Uhr, bei A. Sequeray, Generalversammlung.
- Jülich. 5. Aug., 11 Uhr, bei Heint. Müller.
- M.-Glabbach-Eiden. 12. Aug., 6 1/2 Uhr, bei Osw. Schöppel.
- M.-Glabbach-Eiden. 4. August, 8 1/2 Uhr, bei Herrn Schöppel, Generalversammlung.
- Ort. Zabachthal. 11. Aug., 8 Uhr, in Gerbers Hof.
- Sehn. 5. Aug., nach dem Hochamte, bei Dintches, Standa.
- Schöppel. 5. Aug., 6 Uhr, im Kasino bei Num.
- Krefeld III. 12. Aug., 11 Uhr, bei B. Buch, Welterstraße, Generalversammlung.
- Krefeld IV. 5. Aug., 11 Uhr, bei Karl Hüfer, Markt- und Hofstraßen-Ecke.
- Krefeld VI. (Zabach). 5. Aug., 11 1/2 Uhr, bei Hoenen, vorm. Wamers.
- Nordhorn. 6. August, 1/29 Uhr, in der Kriegerhalle, Redeabend und Abrechnung der Vertrauensmänner.
- Rheinbach. 12. August, 10 1/2 Uhr, bei Reinhard Kraemer, öffentliche Versammlung.
- Soetgen. 5. Aug., 6 Uhr, bei August Klings, Generalversammlung.
- Schöppel. 1. Aug., 8 1/2 Uhr, bei B. Bohlmann.
- Schöppel. 9. August, 8 Uhr, bei Staujer, Vorstandsversammlung.
- Schöppel. 4. Aug., 8 1/2 Uhr, im Garkhaus zum Hühnerhof, Brauereistraße.
- Witzen. 6. Aug. 7 Uhr, Sitzung der Kartendelegierten im Zeughaus.
- Witzen. 5. Aug., 11 Uhr, bei S. Reiner, Doktor, Generalversammlung.

Lothring.

Konsumverein Eintracht, e. G. m. b. H. 5. August, Sonntag, den 12. August, nachmittags 7 Uhr, im Lokale von Weismüller Paulus außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: 1) Geschäftsbericht, 2) Umänderung des § 9 unseres Statuts, 3) Mitteilungen, 4) Beschluß. In dieser Versammlung sind sämtliche Mitglieder nebst Frauen damit freiberechtigt und dringend eingeladen. Es wird päpstlich angegangen. Der Vorstand: Gerhard Glasmacher, Lorenz Jansen.

VIII. Agitationsbezirk (Elsass-Lothringen).

Die Bezirkskonferenz findet am Sonntag, den 26. August in Colmar statt. Die Ortsgruppenvorstände sind gebeten, rechtzeitig die Delegiertenwahlen nach § 35 des Statuts vornehmen zu lassen. Näheres wird noch bekannt gegeben. J. A. Franz Fischer.

Bocholt.

Für unsere Ortsgruppe wird bis zum 1. September ein

Lokalbeamter

ge sucht. Bewerber müssen mindestens zwei Jahre in einem Verbandsamt gearbeitet haben. Bewerbungen sind unter Beifügung eines kurzen Lebenslaufes und einer Abhandlung über die Aufgaben eines Lokalbeamten bis zum 9. August d. J. an den Schriftführer der Ortsgruppe Bocholt, Herrn Jos. Dieker, Louisestr. 6, zu richten, der auf Wunsch nähere Auskunft erteilt.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:
Frau Bernh. Tüshaus in Borken I. W.
Jos. Melchers in Bockum.
Ehre ihrem Andenken!

Für die Ausgeherten in Nothen gingen an Sammelgelben und Extrabeiträgen noch ein:	
Aus Düren	30.- Mk.
" Beil	9.85
" Gelnheim	7.60
" Güben	— 50
" Nienkerl	4.20
" Embsbetten	56.70
" Warkirch	8.40
" Jöbenbüren	44.95
" Burgwalden	18.40
" Montjoie	3.25
" Schöppel	12.05
" Lauterbach	6.48
" Eustirchen	36.10
" Westell	13.75
" Neustadt	23.20
" Nordhorn	18.45
" Bollershausen	3.20
" Gieselskirchen	15.75
" Hilsbed	6.20
" M.-Glabbach-Windberg	4.10
" Warkirch	14.92
" Forchheim	29.-
" Krefeld	20.70
" Nussdorf	7.80
" Neus	5.80
" Maulburg	14.05
" Hannover-Linden	14.15
" Nachen vom Bezirksbureau	438.60
" Nachen	489.82
Summa	1447.95
Früher eingegangen	754.50
Zusammen	2102.45

Düsseldorf, 31. Juli 1906.
Der Generalkassierer: H. Schaffrath.

Resultat der Delegierten- und Ersatzmännerwahl zur Generalversammlung.

Bezirke	Delegierten	Ersatzmänner
1.	Peter Raft, Krefeld*	G. Bloenes, Krefeld
2.	Wilhelm Jentges, Jülich	Gerhard Vorn, Krefeld
3.	Jacob Meuter, Anrath	August Vogel, Jülich
4.	Konrad Diekmann, St. Denis	Matthias Aders, Bock
5.	Stephan Hansen, Dalken	P. Käßges, Amers-St.-G.
6.	Johann Stiel, Lohberich	Josef Kiebers, Wehen
7.	Dr. Wilh. Jansen, Kalken	Th. Strouten, Wehen
8.	August Dohmejen, Bierjen	Jacob Mohren, Bierjen
9.	Heint. Stinnarz, Schleibahn	Dr. Jppers, Schleibahn
10.	Friedr. Nieren, Neuwert	Franz Köppen, Neerfen
11.	Heint. Aders, M.-Gl. Eiden	J. Schmitz, Delenabrunn
12.	Jacob Drieber, Wehen	Pet. Marx, Delenabrunn
13.	Anton Buch, M.-Gl. Windb.	M. Waudach, M.-Gl. Sehn
14.	R. Kupper, M.-Gl. Warkirch	Gerhard Berlings, Harbt
15.	W. Dintches, Blumenberg	Jentges, M.-Glabbach-Blumenberg
16.	G. Krienen, M.-Glabbach-Hermesg.	G. Kremer, M.-Gl. Hermesg.
17.	Franz Delant, M.-Glabbach	J. Eßer, M.-Glabbach
18.	Josef Müller, Gieselskirchen	J. Kallen, M.-Glabbach
19.	Johann Gerhoff, Warkirch	Johann Fied, Holz
20.	Anton Rensen, Rheyt	Maxt Jensen, Rheyt
21.	Heinrich Gillissen, Rheinb.	P. Laußberg, Waffenberg
22.	Leonhard Jans, Nachen	Mart. Siemonz, Nachen
23.	Johann Koch, Nachen	Peter Breier, Nachen
24.	Franz Müller, Nachen	Egidius Corda, Nachen
25.	Math. Klütgen, Nachen-B.	C. Datene, Verlautenheide
26.	Franz Steinbeck, Nachen-B.	Josef Jansen
27.	Konrad Gluck, Waals	Josef Neul, Altenberg
28.	Nikolaus Kort, Brand	Dionys Bouge, Brand
29.	Ernst Weber, Eupen	Wilh. Kreuer, Eupen
30.	Fritz Bittling, Eupen	Matthias Böhn, Eupen
31.	Josef J. Koch, Eupen	Josef Kreuer, Eupen
32.	Nikola Brüll, Balheim	Johann Koch, Balheim
33.	Paul Neus, Nachen	Josef Henn, Höfen
34.	Wilhelm Schmitz, Düren	H. van Werck, Düren
35.	Karl Breuer, Eustirchen	Jacob Klein, Eustirchen
36.	Ernst Wiantenagel, Darnen	Paul Beter, Wehen
37.	Karl Fahrbrach, Ronsdorf	Wb. Rennhoff, Werben
38.	W. Steffens, Wälheim/Rhein	A. Küster, Haldswagen
39.	Josef Frieling, Wäbe	Heinrich Hörning, Wäbe
40.	Adolf Lenning, Bocholt	J. Steubring, Bocholt
41.	Hermann Schmitz, Bocholt	Josef Lenning, Bocholt
42.	Thob. Bormann, Coesfeld	Fritz Klämper, Dörten
43.	Anton Heutmann, Gronau	C. Gottke, Neuenkirchen
44.	Josef Heßendorf, Greden	Th. Weverint, Dühren
45.	G. Dellebröcker, Embsbetten	Felix Wilp, Embsbetten
46.	H. Sparenberg, Nordhorn	H. Bennemann, Wehen
47.	Hermann Fleiter, Rheine	Bern. Dite, Jöbenbüren
48.	Friedr. Wittförter, Borgdorf	H. Poetmar, Borgdorf
49.	Karl Thumel, Gütersloh	H. Otterpohl, Gütersloh
50.	Fritz Gehring, N.-Vollensbed	H. Spiderlötter, Ober-Vollensbed
51.	Josef Förster, Pan-Linden	H. Walfhorn, Dnaasrud
52.	Josef Thume, Delmenhorst	A. Jude, Neuenkirchen
53.	Hermann Wiegand, Fulda	Andreas Weil, Fulda
54.	Jacob Day, Lamsbröck	F. Hühner, Otterbach
55.	Franz Fischer, Wälh. (Eif.)	H. Schmeider, Wälhauer
56.	H. Buchmann, Wälh. (Eif.)	F. Schöppel, Wälhauer
57.	H. Richard, Wehen	B. Richard, Wehen
58.	Charles Kayler, Warkirch	A. Schmeider, Wehen
59.	Friedrich Kammann, Muzg	A. Bogelbacher, Oberho
60.	Albert Kaller, Wehen	Karl Buchner, Wehen
61.	Theodor Huber, Zell	Philipp Sütterli, Zell
62.	Peter Geier, Krefeld	Ant. Jirner, Krefeld
63.	Ed. Sommer, Krefeld	H. Nischler, Krefeld
64.	Albin Beer, Kreis	Richard Kradel, Kreis
65.	Schöppel zwischen A. Seibel und G. Jaberrecht	Sern. Voigt, Wehen
66.	Josef Hermann, Neustadt	A. Wändersch, Schwelb

* Protok. erhoben.